

(A) Beginn: 10.04 Uhr

Präsident Ulrich Schmidt: Guten Morgen, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie zu unserer heutigen 123. Sitzung in dieser Wahlperiode und heiße Sie herzlich willkommen, insbesondere auch die Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich 16 Abgeordnete entschuldigt; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Ihren Geburtstag feiert heute Frau Kollegin Brunhild Decking-Schwill von der Fraktion der CDU.

(Allgemeiner Beifall)

Herzlichen Glückwunsch, Frau Kollegin, und alles Gute im neuen Lebensjahr!

Meine Damen und Herren, ich weise auf den **Neudruck der Tagesordnung** hin, den Sie erhalten haben und der die Beratungsgrundlage für unsere Plenartage in dieser Woche ist.

Ich rufe auf:

(B)

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2000 (Haushaltsgesetz 2000)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/4200

erste Lesung - Beratung

in Verbindung damit:

Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 1999 bis 2003

Unterrichtung
durch die Landesregierung
- zur Beratung -
Drucksache 12/4201

und

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltjahr 2000 und zur Regelung des interkommunalen Aus-

gleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2000

(C)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 12/4202

erste Lesung - Beratung

Meine Damen und Herren, wir **setzen** heute die am 25. August 1999 unterbrochene erste Lesung der **Haushaltsplanberatungen 2000** mit den Stellungnahmen der Fraktionen **fort**.

Ich **eröffne** die **Beratung**, und zwar zunächst zum Beratungsblock

I. Haushalt

Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Kollegen Diegel das Wort.

Helmut Diegel (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der vergangenen Woche hat die Landesregierung ihren Haushaltsentwurf 2000 durch ihren Finanzminister im Landtag eingebracht. Wer sich bei dieser Gelegenheit einmal einen Eindruck über den Zustand der rot-grünen Regierung verschaffen wollte, brauchte nur auf diese Regierungsbänke zu schauen. Herr Finanzminister, es ist Ihnen vielleicht nicht aufgefallen, aber während Ihrer Rede war nicht einmal die Hälfte Ihres Kabinetts anwesend.

(D)

(Minister Heinz Schleißer: Aber vorher!)

Das mag Ihnen, das mag dieser Landesregierung gleichgültig sein.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Roland Appel [GRÜNE])

Uns ist dies aber nicht gleichgültig, weil dies nicht der Achtung vor diesem Parlament entspricht.

(Beifall bei der CDU)

Die Einbringungsrede des Finanzministers ist auch bei der SPD-Fraktion auf erstaunliches Desinteresse gestoßen.

(Zuruf des Ewald Groth [GRÜNE])

Ich kann ja nachvollziehen, daß Sie über diesen Haushalt nicht gerade glücklich sind, aber zuhören hätten Sie doch wenigstens können.

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) Der Grund für das Desinteresse der SPD-Fraktion an parlamentarischen Dingen liegt möglicherweise ganz woanders. Ich schätze, daß Ihnen derzeit recht unwohl ist, wenn Sie mit ansehen müssen, wie rechts und links von Ihnen die Genossen wegen Filzaffären hochgehen.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Da fragt sich doch jeder von Ihnen: Wer ist denn hier wohl der nächste? Kein Wunder, daß Ihnen nicht der Sinn nach einer Haushaltsdebatte steht! Aber diese Demontage, die Sie derzeit erleben, ist kein Pech oder Zufall. Sie ist, meine Damen und Herren von der SPD, das logische Ergebnis - nein, ich denke, das verdiente Resultat - Ihrer jahrzehntelangen Selbstherrlichkeit in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn der Dortmunder Genosse Drabig schon vor seiner Wahl zum Oberbürgermeister für 250.000 DM ein neues Büro auf Staatskosten bestellt, ist das ebensowenig Zufall wie die Raffkmethoden von Bodo Hombach oder die Aktienklüngeleien von Ex-OB-Kandidat Heugel in Köln.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Die "Westdeutsche Zeitung" spricht hierzu von einem "Verfall der Sitten, der sich auch aus der Arroganz der Macht speist". Recht hat die "WZ", meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Doch noch schlimmer ist, daß viele in der SPD noch nicht einmal so etwas wie ein Unrechtsbewußtsein haben.

Wenn der SPD-Landesvorsitzende Müntefering sagt, man solle sich doch nicht so erregen, weil der eine oder andere mal in die Pfütze patscht, ist das entlarvend genug. Es zeigt überdeutlich, wie sehr die SPD dieses Netzwerk aus Filz und Vetternwirtschaft schon als normal und legitim empfindet.

Oder, meine Damen und Herren von der SPD, wie können Sie folgenden Umstand erklären? - Bei der KVR-Verbandsversammlung am Montag hatten die Delegierten über einen wesentlichen Antrag zur Einrichtung einer "Agentur Ruhr" abzustimmen. Doch wer lief unserem Fraktionsvorsitzenden Laurenz Meyer als erstes über den Weg? Es war zu seiner und unserer großen Überraschung der Genosse Drabig. Da fragt man sich: Was

macht der denn da? Hat er schon ein neues Pöstchen, oder was ist eigentlich los? Haben Sie ihn noch dabei, oder ist er nicht mehr dabei?

(Eckhard Uhlenberg [CDU]: Er ist noch dabei!)

Meine Damen und Herren! Der Dortmunder Genosse Drabig vertrat dort die Dortmunder Interessen, die er, wie wir eigentlich alle dachten, nicht mehr vertreten sollte.

(Bodo Champignon [SPD]: Er kennt sich in dem Milieu auch gut aus!)

Ein einzig Gutes hatte diese Versammlung: Die Agentur Ruhr, von Ministerpräsident Clement hier eingestiftet, wurde abgeschmettert - und das ist gut so, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Ich kann nur feststellen, daß die viel zu lange Machtausübung der SPD zu einer moralischen Degeneration der SPD in Nordrhein-Westfalen geführt hat. Sie betrachtet

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Jetzt reicht es langsam!)

- und auch Sie, Herr Clement - dieses Land und ihre Kommunen offenbar als ihr Eigentum.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Jetzt reicht es langsam! Lassen Sie Ihre dämlichen Ratschläge weg!)

Ich rate Ihnen, Herr Clement: Achten Sie mehr auf die Bürger! Die Bürger beobachten Sie sehr genau.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Ziehen Sie bitte nicht die moralische Integrität meiner Partei in Zweifel! Darauf können Sie verzichten! Das sage ich Ihnen!)

- Herr Clement, sehen Sie sich doch einmal die letzten Umfragen an! Nicht nur wir, sondern auch die Bürger haben doch von Ihrem Filz die Schnauze voll!

(Beifall bei der CDU)

Das wissen Sie doch viel besser, als Sie es hier zugeben. Sie tauchen doch nur noch ab. Von "Politik gestalten" kann hier keine Rede mehr sein. Mit Blick auf die Kommunalwahl versuchen Sie nur noch heil über die Runden zu kommen.

Aber, meine Damen und Herren von der SPD und der Landesregierung, bei den Landtagswahlen im

(C)

(D)

(Helmut Diegel [CDU])

(A) nächsten Jahr werden Sie dafür noch Rede und Antwort zu stehen haben -

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Darauf können Sie sich verlassen!)

und das nicht nur wegen Ihres Filzes und Ihrer Vetternwirtschaft, sondern auch und vor allem deshalb, weil Sie das Land systematisch in den Ruin getrieben haben.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Frank Sichau [SPD]: Das müssen ausgerechnet Sie sagen! Das ist nicht zu glauben!)

Der Haushaltsentwurf, den wir heute beraten, ist hierfür ein trauriger Beleg.

(Zuruf des Frank Sichau [SPD])

- Regen Sie sich doch nicht so auf, es ist doch sowieso Ihr letzter Haushalt.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU - Zuruf des Gerd-Peter Wolf [SPD])

Dieser Haushalt ist Ihr Angebot an die Bürger, mit dem Sie sich zur Wiederwahl stellen wollen. Dieser Haushaltsentwurf ist zum anderen aber auch Ihre Bilanz nach fünf Jahren Regierung in Nordrhein-Westfalen.

(B) (Gerd-Peter Wolf [SPD]: Billionen!)

Was bietet also die Landesregierung für das Wahljahr 2000 an? Erstaunlich wenig, was angeboten wird; aber leider hält auch das Wenige einer näheren Überprüfung nicht stand. Da verkündet der Finanzminister zunächst die finanzpolitische Wende. Er verweist darauf, daß im Jahr 2000 die Nettoneuverschuldung von 7,2 Milliarden DM auf 6,9 Milliarden DM zurückgefahren werden soll. Das sind rund 300 Millionen DM weniger Neuschulden. Das wäre zwar nicht viel, aber immerhin etwas.

Doch leider entpuppt sich selbst diese Miniaturverbesserung als typische Schleußersche Mogelpackung. Im gleichen Haushaltsentwurf erhöht er nämlich den Verbrauch eigenen Landesvermögens, also die Rücklagenentnahme und die Veräußerung von Forderungen und Beteiligungen, auf 654 Millionen DM, meine Damen und Herren. Strukturell ist es nämlich das gleiche, ob man Schulden aufnimmt oder Vermögen veräußert und dies im konsumtiven Bereich verfrühstückt. Beides verschlechtert die Bilanz in gleicher Weise.

(C) Um festzustellen, ob sich die Haushaltslage wirklich bessert, muß man beides addieren und beides gemeinsam bewerten. Tut man dies nun für die Haushalte 1999 und 2000, so ergibt sich für 1999 eine Finanzierungslücke von 7,274 Milliarden DM und für das Jahr 2000 eine Lücke von 7,321 Milliarden DM. Die Haushaltssituation wird sich also nicht verbessern, sondern im kommenden Jahr weiter verschlechtern. Das ist die bittere Wahrheit, Herr Finanzminister!

(Beifall bei der CDU)

Hinzu kommt, daß Sie wegen der Schlampereien des ehemaligen Wirtschaftsministers die letzten 100 Millionen DM aus dem Düsseldorfer Flughafenverkauf wohl abschreiben können. Das waren Sie, glaube ich, Herr Clement, nicht wahr?

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Können Sie das ein bißchen begründen?)

- Da brauchen Sie doch nur die "Welt am Sonntag" zu lesen. Die haben Sie doch wohl auch studiert.

(Lachen des Ministerpräsidenten Wolfgang Clement)

(D) Ich frage Sie, Herr Finanzminister: Wo haben Sie eigentlich das 30-Milliarden-Sparpaket Ihrer Bundesregierung berücksichtigt? Dazu hätte ich heute gerne einmal ein paar ganz konkrete Aussagen. Ich lese in Zeitungen und Magazinen, daß Sie in der Zwischenzeit Belastungen für den Haushalt 2000 - also für diesen Haushalt - in Höhe von 900 Millionen DM errechnen. So ist es z. B. im "Focus" nachzulesen. Ich habe aber nicht feststellen können, daß Sie in diesem Haushaltsentwurf auch nur mit einer Zeile in irgendeiner Weise Vorsorge getroffen hätten.

(Lothar Hegemann [CDU]: Unverschämtheit! Der Haushalt soll ein Bild der Wahrheit und Klarheit sein!)

Herr Finanzminister, wenn Sie wirklich derartige Lücken erkannt haben und diese jetzt ignorieren, ist Ihr gesamtes Regieren das Papier nicht wert, auf dem der Haushalt gedruckt ist.

(Beifall bei der CDU)

Herr Finanzminister, ich habe mich daher sehr gefreut zu hören, daß auch Sie die Eingriffe des Bundes in die Sozialhilfe und das Wohngeld ablehnen. Wir sind sehr gespannt, ob Sie die Kraft

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) und das Rückgrat haben werden, dies im Bundesrat zu verhindern.

(Beifall bei der CDU)

Hoffentlich wiederholen Sie dabei nicht die "Clementsche Nullnummer" zum 630-Mark-Gesetz:

(Beifall bei der CDU)

zuerst pressewirksam kritisieren, dann klein begeben und mitstimmen und dann wieder lauthals beklagen. Herr Schleißer, hier können Sie beweisen, daß Sie mehr als nur ein Mitläufer sind.

(Ernst-Martin Walsken [SPD]: Das müssen Sie beweisen!)

Und, Herr Schleißer, denken Sie dabei vor allem an Ihren Amtseid: Sie sind verpflichtet, dem Land keinen Schaden zuzufügen. Wir fordern Sie daher auf, im Bundesrat das 30-Milliarden-Sparpaket abzulehnen. Das sind Sie dem Land, den Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen schuldig.

(Beifall bei der CDU - Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Die Verschuldungspolitik von Kohl fortsetzen?)

- (B) Der nächste Schwerpunkt rot-grüner Politik - Herr Dammeyer, das müßten Sie viel besser wissen - ist laut Finanzminister Schleißer die Förderung des Wirtschaftsstandorts NRW. Das ist im Ansatz durchaus richtig; denn die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen hat Förderung wirklich bitter nötig.

Wir - die Arbeitskreise Haushalt, Finanzen und Wirtschaft - haben uns das Kapitel "Wirtschaftsförderung" im Haushalt einmal näher angesehen. Wir wollten doch einmal sehen, wie die Landesregierung diesen Schwerpunkt ihrer Politik finanziell ausstattet. Das erstaunliche Ergebnis war: Die Mittel für Wirtschaftsförderung werden im Haushalt 2000 um 37 Millionen DM gekürzt. Das ist schon eine seltsame Art, wie Sie Schwerpunkte setzen, Herr Ministerpräsident!

Das Ganze wird noch schlimmer, wenn man sieht, wo überall Veränderungen vorgenommen worden sind. So wurden z. B. Kredite zur Unterstützung von Unternehmensgründungen um 25 % gekürzt, die Strukturhilfen für das Ruhrgebiet um 23 % gekürzt und die Mittel für Wagniskapital um 33 % gekürzt.

Da fragt sich doch wohl jeder: Wie kommt diese Landesregierung dazu, ausgerechnet diese Streichorgie als Schwerpunkt ihrer Politik zu be-

zeichnen? Wir haben die Antwort schnell gefunden; denn es gibt einen einzigen Fall in der Wirtschaftsförderung, wo richtig zugelegt worden ist, und das ist ein neu eingerichteter Titel "Mittelstandsoffensive NRW" mit 5 Millionen DM neuem Geld. Dieses Geld ist im Grunde für nichts anderes vorgesehen als für eine gigantische PR-Kampagne - ein echter Schwerpunkt à la Clement:

(Beifall bei der CDU)

keine Substanz, nur Eigenwerbung und heiße Luft!

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Ministerpräsidenten Wolfgang Clement)

- Herr Clement, das ist das gleiche Spiel wie bei den Problemen Leistungsprämie oder Auszubildende. Während Sie im Land die Unternehmer auffordern, mehr Plätze für die Auszubildenden zur Verfügung zu stellen, bauen Sie Plätze ab. Auch in diesem Haushalt haben Sie wieder 146 Plätze abgebaut.

(Beifall bei der CDU)

Das ist die Wahrheit!

Sie verkünden hier als anderes Beispiel die Leistungsprämie. Nur weiß keiner etwas damit anzufangen. Hier ist niemand in der Lage, eine Leistungsprämie auch nur zu koordinieren, geschweige denn auszuzahlen.

(Minister Dr. Fritz Behrens: Quatsch!)

Kümmern Sie sich doch um Ihre eigenen Versprechungen. Dann werden Sie möglicherweise etwas glaubwürdiger.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Das ist einfach Quatsch, was Sie erzählen!)

Kommen wir zum nächsten Schwerpunkt des Haushalts 2000: Kommunalfinanzen. Hier hat der Finanzminister verkündet, daß im Jahre 2000 die Zuweisungen für die Kommunen stärker steigen werden als die Landesausgaben. Auch das haben wir uns näher angesehen. Ergebnis: Die Zuweisungen an die Kommunen steigen zwar auf 840 Millionen DM - das sind stolze 5,5 % mehr -, aber davon sind zwei Drittel gesetzlich vorgeschriebene Nachzahlungen von Steuergeldern, die den Kommunen eigentlich schon im Vorjahr zugestanden hätten. Zieht man diese Nachzahlungen ab, kommt man auf eine Steigerung bei den Leistungen an die Kommunen von 1,9 %. Das ist nicht mehr und nicht weniger als die Stei-

(C)

(D)

(Helmut Diegel [CDU])

(A) gerungsrate des Landeshaushalts. Das ist exakt das, was den Kommunen auch rechtlich zusteht.

Ich stelle fest: Herr Finanzminister, in Ihrem krampfhaften Bemühen, Erfolge aufzeigen zu wollen, rechnet die Landesregierung gesetzlich vorgeschriebene Nachzahlungen in die Kommunalleistungen ein und verkauft das als besondere Leistung. Ich nenne das schlichtweg Roßtäuscherei, Herr Finanzminister!

(Beifall bei der CDU)

Herr Schleußer, bei Ihrem Talent zur politischen und finanzpolitischen Finesse kann ich es schon verstehen, daß die Bundes-SPD Sie so gerne als Schatzmeister hätte. Ich kann Ihnen nur raten: Machen Sie das! Wenn Sie mit den Parteifinzen genauso umgehen wie mit diesem Landeshaushalt, sehe ich für die SPD in den nächsten Jahren tiefrot.

(Ernst-Martin Walsken [SPD]: Rot pur!)

Wo wir gerade bei den Tricks sind, Herr Finanzminister, sollten wir die Schulpolitik nicht vergessen, das neuentdeckte Flaggsschiff der rot-grünen Koalition in NRW.

(B) Auch hier haben Sie die Zeichen der Zeit durchaus richtig erkannt. Die Leute regt kaum etwas mehr auf als die ineffiziente, verkrustete und ideologisch belastete Schulbürokratie in Nordrhein-Westfalen, der die Bürger ihre Kinder anvertrauen müssen.

Zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung hat die Landesregierung das "Initialisierungsprogramm Schule" beschlossen. Und wie schlägt sich diese Initialisierung im Haushalt nieder? Der Finanzminister hat bereits im Juli bei der Vorstellung der Haushaltseckwerte verkündet: Im kommenden Jahr stehen 496 zusätzliche Lehrerstellen und 200 Millionen DM für Aushilfen bereit. Darüber ist in der Presse breit berichtet worden. Aber, meine Damen und Herren, wir konnten diese 496 Stellen im Haushalt 2000 trotz intensiver Suche nicht finden. Tatsache ist: Sie stehen da gar nicht als neue Stellen. Diese sind nämlich schon im Nachtragshaushalt 1999 als "schulpolitische Großtat" der Landesregierung abgefeiert worden. Aber so, meine Damen und Herren, kann man zweimal Lorbeeren ernten: einmal, wenn man Stellen bewilligt, und ein anderes Mal, wenn man die Stellen mit Geld ausstattet.

(Zuruf von der SPD: Das muß man in Erinnerung rufen!)

(C) Auch die von Ihnen angesprochenen 200 Millionen DM für Aushilfskräfte stehen in Wirklichkeit nicht für Neueinstellungen zur Verfügung. Fakt ist doch: Sie dienen ausschließlich zur Verlängerung bestehender Arbeitsverhältnisse.

Unser Fazit: Im Haushalt 2000 gibt es keine einzige zusätzliche Stelle für unsere Schulen. Alles, was Sie anpreisen, ist leider wieder einmal nur heiße Luft. Kein Wunder, daß die besorgten Eltern auf die Barrikaden gehen!

(Beifall bei der CDU)

Interessant ist im übrigen auch, daß der Finanzminister in seiner Einbringungsrede das Thema "Investitionen" nur oberflächlich gestreift hat. Das hat sein Kollege Dr. Behrens in seiner Rede zum GFG schon besser erledigt. Ich zitiere:

"Investitionen sind Beschäftigungspolitik; denn jede Investition ist auch ein wichtiger Beitrag zu mehr Beschäftigung."

Genau das ist der entscheidende Punkt! Ihnen, Herr Finanzminister, müssen doch die Ohren geklungen haben; Sie haben nämlich in Ihrem Haushaltsentwurf die Investitionen um weitere 264 Millionen DM abgesenkt. Sie erreichen damit den historischen Tiefststand von 10 Prozent des Haushaltsvolumens. Zum Vergleich: Der Durchschnitt der alten Flächenländer liegt 1999 bei 11,5 %. Bayern nutzt 16,6 % seines Haushaltsvolumens für Investitionen. Jeder weiß, daß Investitionen auch eine direkte Auswirkung auf Arbeitsplätze haben. Hätten wir in Nordrhein-Westfalen die gleiche Quote wie in Bayern, dann hätten wir 70.000 zusätzliche Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen; das ist die Wahrheit!

(Beifall bei der CDU)

Was machen Sie, Herr Finanzminister? Sie streichen 264 Millionen DM und vernichten damit im nächsten Jahr 4.000 weitere Arbeitsplätze in der Wirtschaft Nordrhein-Westfalens. Wir sind sicher, daß die Betroffenen Ihnen das nicht vergessen werden.

Diesen Haushalt stellt die Landesregierung - das ist eigentlich kaum zu glauben - trotzdem unter das Motto: konsequent, verlässlich und zukunftsorientiert. Aber nach alledem, was ich Ihnen hier gerade dargestellt habe, kann von "Zukunftsorientiertheit" dieses Haushalts nun wirklich keine Rede mehr sein.

Doch irgendwie ist er schon konsequent und verlässlich: verlässlich insofern, als man sich bei dieser

(C)

(D)

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) Landesregierung wirklich darauf verlassen kann, daß nichts Substantielles passiert, und konsequent insofern, als mit diesem Haushalt die finanzielle Talfahrt konsequent fortgesetzt wird.

Das führt uns zu der zweiten spannenden Frage: Was hat diese Regierung seit Mai 1995 eigentlich erreicht? Wie sieht die Bilanz von fünf Jahren rot-grüner Politik in Nordrhein-Westfalen aus? Ich habe mir aus diesem Grund die rot-grüne Koalitionsvereinbarung aus dem Jahre 1995 angesehen. In der Rückschau ist das eine unheimlich interessante Lektüre. Zur Finanzpolitik steht da z. B. zu lesen:

"Solide Staatsfinanzen sind eine unverzichtbare Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit des Landes heute und in Zukunft. ... Deshalb wird die Koalition ... die sparsame Haushaltsführung noch verstärken. Die Nettoneuverschuldung soll bis zum Jahr 2000 kontinuierlich verringert werden."

Meine Damen und Herren, der Finanzminister hat dies später noch konkretisiert und versprochen, die Neuverschuldung bis zum Jahr 2000 auf 1 Milliarde DM zu senken.

- (B) Und was ist in Wirklichkeit passiert? Der Finanzminister ist 1995 mit 6,1 Milliarden DM Neuverschuldung gestartet und braucht jetzt für das Haushaltsjahr 2000 nicht, wie ursprünglich geplant, 1 Milliarde DM, sondern rund 7 Milliarden DM. Herr Finanzminister, Sie haben die Verschuldung gegenüber Ihrem Plan glatt versiebenfacht. Irgendwie müssen Sie die Koalitionsvereinbarung da falsch verstanden haben.

Mir ist bei der Vorbereitung dieser Rede ein bemerkenswertes Zitat in die Hände gefallen. Sie sollten jetzt wirklich zuhören, Herr Finanzminister. Dieses Zitat lautet:

"Es gibt nichts Unsozialeres als Verschuldung. Die geht vor allem zu Lasten unserer Kinder."

(Minister Heinz Schleißer: Das ist wahr!)

Wissen Sie, von wem dieses Zitat stammt?

(Minister Heinz Schleißer: Von Helmut Kohl und Waigel!)

- Nein, nicht von einem CDU-Politiker, sondern von Bundesfinanzminister Eichel. Wie fühlen Sie sich eigentlich, Herr Schleißer, wenn Ihnen Ihr eigener Parteigenosse und Bundesfinanzminister auf diese Weise bescheinigt, daß Ihre Schulden-

politik zutiefst unsozial ist und sich gegen unsere Kinder richtet? (C)

(Beifall bei der CDU - Minister Dr. Michael Vesper: Das ist aber eine Pirouette!)

Diesem Vorwurf können Sie nichts mehr entgegensetzen, Herr Schleißer. Sie wissen, daß die Zahlen hierzu eine eindeutige Sprache sprechen. Dies ist sowohl in absoluten Zahlen so als auch mit Prozentzahlen belegbar.

Nach Ihrer mittelfristigen Finanzplanung wollten Sie in der zwölften Legislaturperiode 19 Milliarden DM neue Schulden machen. Was ist daraus geworden? Bis zum Ende der Legislaturperiode werden Sie 36 Milliarden DM aufnehmen müssen. Sie haben die Verschuldung gegenüber Ihrem eigenen Plan nahezu verdoppelt. Das - alle Achtung, Herr Finanzminister! - muß Ihnen erst einmal einer nachmachen.

Das Ausmaß des finanzpolitischen Versagens der letzten fünf Jahre wird allerdings noch deutlicher, wenn man den prozentualen Vergleich bemüht. In der 11. Legislaturperiode, also in der Zeit von 1990 bis 1995, hat sich die Landesregierung auch nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Sie hat die Verschuldung damals innerhalb von fünf Jahren um 22 % erhöht. Weil selbst Finanzminister Schleißer gemerkt hatte, daß das so nicht weitergehen kann, hat er 1995 versprochen, in der dann folgenden Legislaturperiode weniger Schulden zu machen. (D)

Was ist das Ergebnis? Die Neuverschuldung steigt in dieser Legislaturperiode nicht um 22 %, sondern um 30 %. Die Schuldenspirale hat sich also nicht verlangsamt; sie ist sogar noch schneller geworden. Und das ist der eigentliche finanzpolitische Skandal dieser Landesregierung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Johannes Remmel [GRÜNE])

Wir halten das für unverantwortlich. Ich weiß, Herr Finanzminister, daß Sie an diesem Punkt immer wieder gern einwenden, die alte Bundesregierung habe zu hohe Steuereinnahmen versprochen, und weil diese nicht eingetreten seien, seien Ihre schönen Konsolidierungspläne baden gegangen. Das ist alles blanker Unsinn, Herr Finanzminister. Das wissen Sie doch viel besser. Das ist doch nur eine Schutzbehauptung. Ich werde Ihnen auch sagen, warum das so ist.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Jetzt das Konzept der CDU!)

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) Zum einen sind es Ihre eigenen Zahlen, Herr Finanzminister, und Ihre eigenen Prognosen und nicht die der Bundesregierung, die Sie hier kritisieren. Sie brüsten sich doch immer damit, daß Sie die Steuerschätzung des Bundes nie ungeprüft übernehmen und noch einmal alles nachrechnen und verbessern. Wenn das so ist, sind Sie hier bei der Steuerprognose in Ihre eigene Falle getappt.

Im übrigen - und daran sollten wir immer wieder erinnern - haben Sie und Ihre Genossen im Bundesrat doch jahrelang verhindert, daß eine Steuerreform stattfinden konnte,

(Beifall bei der CDU)

die eine weitere Erosion bei den Steuereinnahmen verhindert hätte.

Außerdem gab es in dieser Legislaturperiode nicht nur Mindereinnahmen, die Sie angeblich überraschten. Es gab auf der anderen Seite auch immense nicht einkalkulierte Einsparungen. Ich nenne nur die beiden größten Positionen. Durch die äußerst moderaten Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst seit 1995 haben Sie in den vergangenen Jahren 6 Milliarden DM weniger ausgegeben als ursprünglich geplant.

- (B) Ein weiterer Punkt: Die Zinsentwicklung ist erheblich günstiger gewesen, als Sie es Ende 1995 prognostiziert haben. Sie haben dadurch in den vergangenen fünf Jahren ebenfalls rund 6 Milliarden DM weniger für Schuldzinsen ausgegeben, als Sie ursprünglich einkalkuliert hatten, und das, obwohl Sie doppelt soviel Neuschulden aufgenommen haben, als ursprünglich geplant war.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Jetzt kommt das Konzept der CDU!)

- Hören Sie zu, das kommt gleich! - Das sind zusammen 12 Milliarden DM, die Ihnen ohne eigenes Zutun in der laufenden Legislaturperiode in den Schoß gefallen sind. Für diese Einsparung können Sie sich bei der alten CDU/CSU-geführten Bundesregierung bedanken.

(Beifall bei der CDU)

Diese hat nämlich durch ihre erfolgreiche Stabilitätspolitik dieses günstige Zinsniveau erst ermöglicht.

(Zuruf von der SPD: Wer das glaubt, wird selig! - Weitere Zurufe von der SPD)

Derlei Kleinigkeiten werden von Ihnen jedoch gern schamhaft verschwiegen.

Tatsache ist: Grund für das finanzpolitische Desaster dieser Legislaturperiode sind nicht wegbrechende Steuereinnahmen, sondern ist die hemmungslose Ausgabenpolitik dieser Landesregierung, meine Damen und Herren.

Noch ein Wort zu den angeblich geringeren Steuereinnahmen! Auch das ist nur eine Mär. Rechnen wir einmal nach, und sehen auch Sie von den GRÜNEN sich die Zahlen einmal an!

(Zuruf des Roland Appel [GRÜNE])

1996 hatte das Land Steuereinnahmen in Höhe von rund 66 Milliarden DM. 1999 werden es rund 71 Milliarden DM sein. Das sind mehr Steuereinnahmen. Das ist eine Steigerung um 7,6 % in drei Jahren, also eine Durchschnittssteigerungsrate von 2,5 %. Auch für das Jahr 2000 wird im übrigen wieder mit einer Steigerung der Steuereinnahmen um 2,5 % gerechnet. Ich gebe zu: Das ist nicht berauschend, aber immer noch ein Vielfaches des Inflationsausgleichs, den Sie den Rentnern zubilligen wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Dieser durchschnittliche Zuwachs um 2,5 % im Jahr müßte Ihnen doch ausreichen, um solide und ausgeglichen zu wirtschaften. Die Arbeitnehmer haben in den vergangenen Jahren auch nicht mehr an Lohnerhöhung erhalten und sind über die Runden zu kommen, ohne sich hoffnungslos zu verschulden. Sie jedoch haben in dieser Situation nicht nur weit über die Verfassungsgrenze hinweg neue Kredite aufgenommen; Sie verramschen auch noch Landesvermögen in Höhe von über 4 Milliarden DM, um über die Runden zu kommen,

(Brigitte Speth [SPD]: Sie wollen noch mehr verramschen!)

und alles frei nach dem Motto: Nach mir die Sintflut! - Nicht wahr, Herr Ministerpräsident?

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Das hat Ihnen einer aufgeschrieben, oder?)

- Ich würde mich freuen, wenn auch Sie der Debatte folgen würden.

Um es deutlich zu sagen: Ich empfinde die Art und Weise, wie diese Landesregierung in den vergangenen Jahren wider besseren Wissens alle Verantwortung für ihr finanzpolitisches Versagen auf die alte Bundesregierung geschoben hat, als zutiefst unredlich.

(Beifall bei der CDU)

(C)

(D)

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) Sie hatten hier in Nordrhein-Westfalen jede Menge Möglichkeiten, Ihre ruinöse Politik aus eigener Verantwortung zu ändern, und Sie haben eigentlich alle Möglichkeiten ungenutzt gelassen. Ich will Ihnen hierzu nur einige Beispiele nennen.

Die Personalkosten! Die Landesregierung hat 1995 richtig erkannt, daß hier ein Sprengsatz für die Finanzpolitik liegt. Ich erinnere allein an die Pensionskostenlawine, die sich in den nächsten 15 bis 20 Jahren verzweieinhalbfacht. Es werden dann nicht mehr 7 Milliarden DM, sondern eher 17 Milliarden DM sein, die wir für unsere Pensionäre aufzubringen haben und die wir bisher in diesen Haushalt nicht einzustellen wissen.

Darum haben die rot-grünen Partner in der Koalitionsvereinbarung auch festgeschrieben, daß der Personalkostenanteil nicht weiter steigen darf. Um das zu erreichen wollte die Landesregierung bis zum Ende der Legislaturperiode 12.000 Stellen streichen. Und wie sieht das Ergebnis aus? 1995 hatten wir 345.207 Stellen, Ende 1999 laut Plan 344.238. Das sind per Saldo nicht 12.000 Stellen weniger, sondern leider nur 969 Stellen. Und weil der angekündigte Personalabbau nicht stattgefunden hat, ist der Anteil der Personalkosten an den Steuereinnahmen nicht gesunken, wie Sie wissen, Herr Ministerpräsident, sondern hat die magische 40%-Grenze in der Zwischenzeit durchbrochen. Von 39,1 % auf 40,6 % sind diese Kosten kräftig angestiegen.

(B)

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Noch 10 Minuten für eigene Konzepte!)

Es gibt wohl kaum ein Feld, auf dem diese Landesregierung kläglicher versagt hat als in der Personalpolitik. Nur Sprüche und kein Handeln, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU - Dr. Manfred Dammer [SPD]: Das charakterisiert Ihre ganze Rede!)

Wenn Sie Ihr eigenes Programm verwirklicht hätten, hätten wir in dieser Legislaturperiode schon rund 2,5 Milliarden DM sparen können und hätten auch für die Zukunft eine wesentlich bessere Basis. All das ist von dieser Landesregierung nicht wahrgenommen worden.

Ich will Ihnen noch ein weiteres Beispiel verpaßter Chancen nennen, nämlich das Immobilienmanagement. Nordrhein-Westfalen besitzt ein Immobilienvermögen im Wert von rund 50 Milliarden DM.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Weniger!)

Seit Anfang der 90er Jahre fordert die CDU ein aktives Immobilienmanagement, um aus diesem Vermögen Nutzen zu ziehen. Im vergangenen Jahr hat die Landesregierung endlich die Sinnhaftigkeit dieses Anliegens erkannt und ein Gutachten in Auftrag gegeben. Ergebnis: Mit einem aktiven Immobilienmanagement könnten in Nordrhein-Westfalen Mehreinnahmen und Einsparungen in Höhe von rund 500 Millionen DM jährlich erzielt werden. Wenn dieses Instrument bereits Anfang der Legislaturperiode eingesetzt worden wäre, hätten wir jetzt zwei Milliarden DM mehr in der Kasse.

(C)

Es gibt vieles, meine Damen und Herren von der Landesregierung, aber dafür muß man sich auch bewegen. Der automatische Griff zum nächsten Kreditantrag ist da natürlich wesentlich bequemer.

Lassen Sie mich ein drittes Beispiel verpaßter Chancen nennen: Das ist der Subventionshaushalt. Der Landesrechnungshof hat sich dankenswerterweise einmal die Mühe gemacht, diesen Dschungel etwas transparenter zu machen. In ihrem aktuellen Bericht über die Gestaltbarkeit von Transferausgaben des Landes haben die Beamten des Rechnungshofs detailliert aufgeführt, wer alles für welchen Zweck aus der Landeskasse Geld erhält - eine hochinteressante Lektüre, für die ich mich für die CDU-Fraktion beim Landesrechnungshof herzlich bedanken möchte, meine Damen und Herren.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Man glaubt gar nicht, wem es inzwischen alles gelungen ist, die Landeskasse anzuzapfen und Steuergelder für sich abzuzweigen. Interessant ist hierbei nicht nur, wieviel an Zuwendungen verausgabt wurde - es sind rund 38,5 Milliarden DM. Hochinteressant ist vor allem, daß davon rund 8,4 Milliarden DM völlig frei disponibel sind.

Diesen Subventions- und Zuwendungsdschungel zu lichten wäre eine äußerst ehrenwerte und auch lohnenswerte Aufgabe gewesen. Nichts davon ist passiert. Im Gegenteil: Allein im Haushalt 1996, dem ersten Haushalt der rot-grünen Koalition, wurden bei den Subventionen 588 Millionen DM zusätzlich etatisiert. Dies waren im wesentlichen die Ausgaben für die sogenannten grünen Spielwiesen. Mit denen wurde sichergestellt, daß auch das letzte Randgruppenprojekt staatliche Förderung erhielt. Auch der letzte grüne Parteigänger

(Helmut Diegel [CDU])

(A) wurde so zum wohlversorgten Zuwendungsempfänger mit festem Gehalt gemacht.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, damit schadet man nicht nur dem ehrenamtlichen Engagement, sondern man überfordert auch den Staat und seine finanziellen Möglichkeiten.

Wir haben daher bei den Subventionen einmal nachgerechnet: Wenn diese Landesregierung und die sie tragende Koalition auch nur den Mut gehabt hätten, die Subventionen des Landes auf dem Stand von 1995 einzufrieren, hätten wir in dieser Legislaturperiode weitere 4 Milliarden DM einsparen können.

(Reinhold Trinius [SPD]: Das werden Sie jetzt beantragen!)

Diese Beispiele zeigen deutlich, daß Sie insgesamt mehr als 8,5 Milliarden DM Einsparungspotential ungenutzt gelassen haben. Diese Landesregierung hat durchaus die Möglichkeit gehabt, in den letzten fünf Jahren den Haushalt zu konsolidieren und deutlich weniger Schulden aufzunehmen. Aber dazu, meine Damen und Herren von der Landesregierung, braucht man den politischen Willen und auch die Kraft, die gesetzten Ziele umzusetzen.

(B)

Das einzige, was Sie in dieser Richtung vorzuweisen haben, ist das traurige Haushaltssicherungsgesetz vom letzten Jahr. Ihnen ist dabei doch nichts anderes eingefallen, als die letzten Haushaltslöcher auf Kosten der Städte und Gemeinden sowie der Beamten zu stopfen. 800 Millionen DM haben Sie so eingetrieben, Herr Schleußer.

Übrigens: Das war auch nicht Ihr erster Raubzug durch die Gemeindekassen. 1996 lag der Anteil der Kommunalzuweisungen im Haushaltsvolumen noch bei 24 %. In diesem Jahr werden es nur noch 22 % sein. Das sind, meine Damen und Herren, 1,8 Milliarden DM weniger als 1996. Das ist Politik auf Kosten unserer Städte und Gemeinden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie in den vergangenen fünf Jahren schon nicht klargekommen sind, dann fragen wir uns, was erst in Zukunft geschehen wird.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: In den nächsten fünf Jahren!)

Die Rahmenbedingungen für solide Steuereinnahmen und wirtschaftlichen Erfolg, Herr Vesper, werden nicht besser. Was Ihre rot-grüne Amateurtruppe auf Bundesebene in puncto Finanzpolitik bisher fabriziert, ist doch eher ein Trauerspiel.

(C)

(Beifall bei der CDU - Eckhard Uhlenberg [CDU]: Das kann man wohl laut sagen!)

Zuerst hatten wir den Superfinanzfachmann Lafontaine. Mit seinen abstrusen Vorstellungen von Ökonomie und Finanzen hat er zunächst lähmendes Entsetzen, dann wütende Proteste und zum Schluß nur noch Hohn und Spott ausgelöst. Dieser Mann hat unserem Land nicht wiedergutzumachenden Schaden zugefügt.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD - Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE]: Unsinn!)

An einigen seiner schädlichen Maßnahmen wie dem geänderten 630-DM-Gesetz und dem Gesetz zur Scheinselbständigkeit leiden wir noch heute.

Und was haben wir jetzt? - Jetzt haben wir das Kontrastprogramm Eichel, der Prototyp des graumäusigen Buchhalters, der sich jetzt damit rühmt und es als epochale Leistung ansieht, daß er genau die 30 Milliarden DM einspart, die Herr Lafontaine vorher draufgepackt hat.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, damit ist die rot-grüne Bundesregierung wieder exakt auf den Konsolidierungskurs von Theo Waigel eingeschwenkt.

(Lachen bei der SPD - Edgar Moron [SPD]: So einen Quatsch glauben Sie doch selber nicht!)

Es gibt nur einen Unterschied, Herr Moron, daß nämlich der Konsolidierungskurs der alten Bundesregierung durchfinanziert und sozial ausgewogen war.

(Beifall bei der CDU - Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Herr Diegel, Ihre Rede wird von Minute zu Minute besser!)

Die rot-grüne Bundesregierung jedoch erreicht das gleiche Ziel nur, indem sie Rentner, Beamte, sozial Schwache und außerdem die Kommunen benachteiligt.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Das seid ihr doch gewesen!)

(Helmut Diegel [CDU])

(A) Allein die nordrhein-westfälischen Städte und Gemeinden werden durch das Eichelsche Sparpaket mit rund 800 Millionen DM belastet. Leider ist der Bundesfinanzminister nicht der einzige, der zum rot-grünen Finanzchaos beiträgt. Daneben tummeln sich Legionen von selbsternannten Finanzfachleuten, die ein bisher nicht gekanntes Chaos in der Finanzpolitik angestiftet haben.

Da wird versucht, die Vermögensteuer zu reanimieren.

(Lebhafter Beifall des Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE])

Als nächstes fordert man die Erhöhung der Erbschaftsteuer, und dann werden noch einmal kurz die Autofahrer mit der Idee einer massiven Anhebung der Dieselsteuer traktiert.

Und zum guten Schluß? Zum Schluß wird der SPD-Fraktionsvorsitzende Struck von der gesamten rot-grünen Prominenz niedergemacht. Und warum, meine Damen und Herren? Nur, weil er es wagte, in die richtige Richtung zu denken und eine allgemeine Tarifsenkung zu fordern. Dann wundern Sie sich von der Landesregierung, daß Firmen wie die Henkel-Chemie fluchtartig das Land verlassen oder Sie, Herr Clement, das Bündnis für Arbeit nicht zusammenbekommen.

(B) Noch ein Wort zu den angeblichen Steuermehreinnahmen! Diese Steuermehreinnahmen, die Sie noch vor einigen Monaten, vor der Sommerpause, gefeiert haben, Herr Finanzminister, sind doch nur ein kurzes Strohfeuer gewesen. Sie sind angeheizt durch die Energie- und Mehrwertsteuererhöhung der rot-grünen Bundesregierung.

(Zuruf des Ministers Heinz Schlußer)

Herr Finanzminister, der Arbeitskreis Steuerschätzung hat im Mai 1999 errechnet, daß gegenüber der letzten Schätzung vom Herbst 1998 bis zum Jahre 2003 Steuermindereinnahmen in Höhe von 35,4 Milliarden DM in der Bundesrepublik zu erwarten sind. Das wissen Sie auch. Nordrhein-Westfalen ist daran mit 20 % beteiligt. Das macht rund 7 Milliarden DM in den nächsten vier Jahren aus.

Daher wird Nordrhein-Westfalen in den kommenden Jahren noch viel stärker auf eigene Sparanstrengungen angewiesen sein. Doch das Tafelsilber ist verfrühstückt, die Rücklagen sind aufgebraucht, die Zinslasten beginnen uns zu strangulieren, und im Hintergrund rollt bereits die Pensionslawine. So sieht die finanzielle Zukunft nach

mehr als 30 Jahren roter und rot-grüner Regierung aus. Wohl selten, meine Damen und Herren, brauchte ein Land einen Regierungswechsel, eine neue Politik so nötig wie Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU ist hierzu bereit. Eine CDU-geführte Landesregierung unter Jürgen Rüttgers wird ab Mai nächsten Jahres endlich den von Ihnen so lange versäumten Konsolidierungskurs einschlagen.

(Beifall bei der CDU - Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Jetzt rutschen Sie mal durch Wolke sieben durch!)

Sie werden sich noch wundern, was in diesem Haushalt alles möglich ist, wenn man nur die Ärmel hochkrempelt und keine ideologischen Tabuzonen zu beachten hat.

(Beifall bei der CDU - Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: Das haben wir in dieser ganzen Rede gehört!)

Wir werden alle Förderprogramme des Landes auf den Prüfstand stellen und sehen, was wirklich zwingend notwendig ist. Wir werden sofort mit der Aktivierung des Immobilienvermögens beginnen und aus den Liegenschaften einen angemessenen Nutzen ziehen.

(Dr. Manfred Dammeyer [SPD]: So etwas!)

Wir werden dem Prozeß der Verschlinkung und der Modernisierung der Landesverwaltung eine völlig neue Dynamik geben.

Meine Damen und Herren, das Land Nordrhein-Westfalen ist leistungsfähig und ertragreich. Es ist nicht zuwenig Geld verfügbar, es ist nur falsch eingesetzt.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen und wir werden die Spielräume schaffen, die eine zukunftsgerichtete Politik ermöglichen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Wie?)

Nordrhein-Westfalen braucht endlich eine Finanzpolitik mit weniger Schulden und mehr Zukunftsinvestitionen.

(Beifall bei der CDU - Johannes Remmel [GRÜNE]: Wie?)

Nordrhein-Westfalen braucht eine Schulpolitik, die absolute Priorität genießt und unseren Kindern alle Lebenschancen garantiert.

(Beifall bei der CDU)

(C)

(D)

(Helmut Diegel [CDU])

- (A) Wir werden dafür sorgen, daß in Nordrhein-Westfalen kein Unterricht mehr ausfällt.

(Beifall bei der CDU - Johannes Rimmel [GRÜNE]: Wie?)

Nordrhein-Westfalen braucht endlich eine kompetente Wirtschaftspolitik, die nicht auf Blendwerk und Effekthascherei setzt und unter dem Strich wirklich spürbar mehr Arbeitsplätze schafft.

(Beifall bei der CDU)

Nordrhein-Westfalen braucht eine Sicherheitspolitik, die die Bürger nicht jede Woche neu mit Schreckensmeldungen über entflozene Gewaltverbrecher traktiert.

(Beifall bei der CDU)

Die Sicherheit der Bevölkerung ist uns wichtiger als ein möglichst humaner Strafvollzug, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Und Nordrhein-Westfalen muß endlich die Familien mit Kindern in den Mittelpunkt der Politik stellen.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Die rot-grüne Landesregierung hat sich viel zu lange auf Randgruppen und Exoten unserer Gesellschaft konzentriert. Wir müssen endlich wieder der Tatsache Rechnung tragen, daß Familien mit Kindern die tragende Säule unserer Gesellschaft sind.

(Beifall bei der CDU)

Ich komme zum Schluß. - Wer nicht in die Gegenwart investiert, verbaut sich schon heute die Zukunft.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Super!)

Das wissen auch die Bürger in unserem Land, und deshalb werben wir um ihr Vertrauen. Es steht doch schon heute fest: Dieses Vertrauen haben GRÜNE und SPD mit ihrer Politik und ihrem Filz in Nordrhein-Westfalen schon längst verspielt.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb, meine Damen und Herren, ist es das Ziel der CDU, unser erklärtes Ziel, Sie im nächsten Jahr auf jeden Fall abzulösen und es besser zu machen.

(Beifall bei der CDU - Dr. Manfred Dammeier [SPD]: Sie werden beides nicht schaffen!)

Und darauf, meine Damen und Herren - das kann ich Ihnen versichern -, sind wir richtig heiß. - Glückauf!

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Diegel. - Das Wort hat für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Walsken. Bitte schön.

Ernst-Martin Walsken (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wer sich überhitzt hat, braucht beizeiten eine kalte Dusche, damit er wieder Normaltemperatur bekommt. Die steht Ihnen, Herr Kollege Diegel, schon bevor. Ich bin sicher, daß die Wähler merken, daß Sie hier nichts, aber auch nichts Substantielles darüber vorgetragen haben, wie man Nordrhein-Westfalen finanzpolitisch solide und inhaltlich korrekt gestaltet.

(Beifall bei der SPD)

Nichts ist von Ihnen vorgetragen worden.

(Zuruf des Johannes Rimmel [GRÜNE])

Sie haben eine Riesenchance verpaßt, im Wahlkampf mit einer inhaltlichen, sachbezogenen Rede politisch zu überzeugen. Sie haben diese Chance vertan. Sie haben sich in Polemik ergangen und haben - das ist das Bedauerliche - auch aus den letzten fünf Jahren, was wir in den Debatten erlebt haben, nichts, aber auch gar nichts dazugelernt.

Ich habe versucht, mir während der Rede ein paar Stichpunkte zu machen, wo ich inhaltlich-konzeptionell auf das eingehen kann, was die CDU hier in Nordrhein-Westfalen eigentlich will. Es sind mir eigentlich nur Widersprüche aufgefallen. Es ist mir aufgefallen, daß Sie nur noch Pirouetten drehen und gar nicht wissen, in welche Richtung Sie sich bewegen wollen. Sie sammeln nur die Überschriften ein und meinen, das sei Politik. Sie verwechseln Schlagzeilen mit Politik. Sie haben inhaltlich noch nichts dazugelernt.

Ich will dazu ein paar Beispiele bringen, Herr Kollege.

(Minister Dr. Michael Vesper: Gute Analyse!)

- Danke schön.

Das muß man sich einmal vorstellen. Sie zitieren Herrn Eichel und sagen, Herr Eichel habe völlig

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

- (A) recht, wenn er die Sparpolitik durchsetzt, um die Schulden in der Zukunft in den Griff zu bekommen. Gleichzeitig, im gleichen Atemzug verlangen Sie von der Landesregierung, das Sparpaket der Bundesregierung abzulehnen. Wo ist da die Logik in Ihrer Politik?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das Sparpaket der Bundesregierung ist der Versuch, den Anstieg der Neuverschuldung zumindest zu begrenzen - mehr ist es ja gar nicht. Es muß deshalb ansetzen, weil Sie 16 Jahre lang diese Politik verschlampt haben, weil Sie in Bonn versagt haben

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

und es hinnehmen mußten, daß die Verschuldung der Bundesregierung - hören Sie sich die Zahlen an, Herr Meyer -, die Kohl hinterlassen hat, 1.500 Milliarden DM beträgt. Das sind 1,5 Billionen DM. Das hat Kohl hinterlassen. Wir haben die Aufgabe, das zu richten. Wir haben die Aufgabe, damit klarzukommen.

Sie können sich auf den Kopf stellen und noch so ein Geschrei veranstalten: Wir werden das schaffen, und daran werden Sie uns auch nicht hindern; denn unsere Politik ist überzeugend, sie ist gut.

(B)

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

Ich will noch andere Punkte nennen. Sie haben gesagt, die Personalkostenquote sei zu hoch. Sie sagen aber gleichzeitig - man höre und staune! -, Sie wollten mehr Lehrer einstellen. Ja, Sie wollen die Personalkostenquote nach oben treiben. Wo ist denn da die Logik in Ihrer Politik?

Ich erinnere mich, daß die Personalkostenquote - Sie haben die Zahlen korrekt genannt - auch deshalb so hoch ist, weil wir die über 1.000 Polizisten, die wir zuviel ausgebildet haben, nach der Ausbildung nicht auf die Straße gesetzt, sondern weil wir sie nach einer gemeinsamen Parlamentsentscheidung übernommen haben.

Sie sind doch mit dafür verantwortlich, daß die Personalkostenquote so ist, Herr Kollege Diegel. Stellen Sie sich hier doch nicht so hin, als hätten Sie damit nichts zu tun, als wäre das völlig an Ihnen vorbeigegangen. Sie sind mitverantwortlich. Bekennen Sie sich zu Ihrer Mitverantwortung! Bekennen Sie sich dazu, daß Sie teilweise konstruktiv an diesen Dingen mitgewirkt haben!

(Beifall bei der SPD)

Auch daran sehe ich wieder, daß Sie überhaupt keine Zielrichtung in Ihrer Politik haben, daß Sie überhaupt nicht wissen, auf was Sie eigentlich hinaus wollen, in welche Richtung Sie eigentlich drängen wollen. Es ist schade, Sie haben diese Chance wirklich vertan.

(C)

Sie haben gesagt, wir hätten das Tafelsilber verfrühstückt. Meine Güte! Ich kann mich entsinnen, daß Sie jedes Jahr den Antrag gestellt haben, das Vermögen des Landes zu veräußern. Von Ihnen sind diese Anträge gekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dann haben Sie gesagt, der Finanzminister habe in den letzten fünf Jahren mehr Schulden gemacht als geplant. Richtig, hat er! Das wissen wir. Wir beklagen das auch. Aber wissen Sie auch, warum, Herr Kollege Diegel? Sie müssen einmal die Ursachen für diese Fehlentwicklung darlegen.

Ich kann Ihnen sagen, wo die Fehlentwicklung liegt: Sie liegt darin, daß wir uns in unserer Verschuldungspolitik auf die Einnahmeprognosen der Regierung Kohl im Jahre 1995 verlassen haben. Das ist die Ursache dafür, daß wir Schulden aufnehmen mußten. Wir haben nämlich geglaubt, wir könnten uns auf das, was Kohl an Einnahmen für die nächsten fünf Jahre vorausgesagt hat, auch verlassen.

(D)

Die Wahrheit allerdings war, daß bereits ein Jahr nach der vorletzten Bundestagswahl Bundeskanzler Kohl eine Steuerpolitik betrieben hat, die uns pro anno 10 Milliarden DM Mindereinnahmen gebracht hat. Wenn wir trotzdem nur 6 Milliarden DM Schulden aufnehmen mußten, dann deshalb, weil wir in der Lage waren, unser Vermögen so zu aktivieren, daß wir eben nicht noch mehr Schulden für die nächste Generation hinterlassen haben. Das ist die Kunst unserer Politik. Sie sollten uns daran messen, wie wir das geschafft haben, und nicht versuchen, die Zahlen vermeintlich richtigzustellen. Sie liegen da falsch.

(Beifall bei der SPD)

In Wahrheit wissen Sie auch gar nicht - das ist Ihr Problem -, wie Sie mit unserer guten Politik umgehen sollen. Ich möchte Ihnen ein Zitat vorlesen:

"Wir können in jedem Vergleich mithalten. Wir liegen mitten im Herzen Europas. Wir haben eine gute, ausbaufähige Infrastruktur. Wir verfügen über alles Wissen dieser Welt. Wir haben fleißige Menschen, die sich durch Stolz

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

(A) auf ihre Vergangenheit und Mut zur Zukunft auszeichnen."

Das ist Originalton Ihres Parteivorsitzenden Rüttgers auf Wahlveranstaltungen Ihrer Partei.

(Beifall bei der CDU)

Herr Rüttgers macht es gar nicht so schlecht. Nur eines ist schlecht bei ihm: Der Ton, den er bei den Menschen anschlägt, mit dem er versucht, sich bei den Menschen einzuschleichen, ist nicht identisch mit dem, was Sie an Politik in diesem Haus vortragen. Da gibt es einen Bruch. Sie sind unlogisch.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Verwaltungsstrukturreform haben wir das gleiche erlebt: Sie erzählen draußen etwas anderes als drinnen. Draußen schüren Sie die Feuerchen, drinnen erzählen Sie, Sie wollten konstruktive Politik machen. Das ist der Dualismus bei Ihnen. Sie können sich nicht auf eine Linie festlegen. Ich kann Ihnen nur dringend raten: Tun Sie das! Sonst wird Ihnen eine weitere fünfjährige Oppositionszeit nicht erspart bleiben. Die Menschen merken nämlich, in welche Richtung Sie arbeiten.

(Beifall bei der SPD)

(B) Sie wissen - das ist Ihr Problem -, daß wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen in der Koalition eine unglaubliche Erfolgsstory nachweisen können.

(Zurufe von der CDU)

Ich möchte Ihnen das an ein paar Beispielen verdeutlichen. - Innere Sicherheit! Wir haben in Nordrhein-Westfalen 47.900 Polizeibeamte - so viele wie noch nie zuvor in diesem Land. Die Fakten sprechen für sich.

(Zuruf des Heinz Paus [CDU])

Die Zahl der Straftaten ist im letzten Jahr um 1,6 % zurückgegangen. Sie hat abgenommen. Die Aufklärungsquote ist um fast 50 % gestiegen. Vor wenigen Tagen habe ich vom Innenminister die Statistik für das erste Halbjahr dieses Jahres bekommen. Es ist noch besser geworden, wir haben noch weniger Straftaten in Nordrhein-Westfalen zu verzeichnen. Auch die Aufklärungsquote ist noch besser geworden. Dies, meine Damen und Herren, ist der beste Wert seit 25 Jahren in Nordrhein-Westfalen.

Zu den Großstädten mit über 200.000 Einwohnern mit der geringsten Kriminalitätsbelastung

bundesweit gehören Krefeld, Oberhausen, Wuppertal, Duisburg, Bielefeld und Hagen. Die Bürger in diesem Land wissen, daß sie sichere Großstädte haben. Sie wissen, daß Sie sich auf die Polizei und den Staat in Nordrhein-Westfalen verlassen können.

Wir wissen, daß wir eine gute Polizei haben, die hervorragend bezahlt ist - sie ist die bestbezahlte Polizei in der ganzen Bundesrepublik -, die das auch im Interesse der Bürger leisten kann und die das auch gut leistet. Ich bedanke mich bei der Polizei, die hier stellvertretend dieses Lob bekommt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, nehmen wir die Hochschulpolitik: Wir haben es geschafft, gemeinsam mit den Hochschulen - das hat es noch nie gegeben - einen Qualitätspakt zu schmieden, der zum ersten Mal Planungssicherheit herstellt, der deshalb Veränderungsbereitschaft weckt und der Innovationsfähigkeit ermöglicht.

Wir haben für neue Investitionen mehr Geld zur Verfügung gestellt, so daß die Universitäten wissen, Sie können in den nächsten Jahren Umstrukturierungen durchführen, die im Interesse der Entwicklung unserer Hochschullandschaft sind. Das haben wir geschafft. Wir haben das geschafft, weil wir wissen, daß wir Beweglichkeit und Modernität an den Hochschulen brauchen, daß wir keine verknöcherten Strukturen haben dürfen, die schlechte Traditionen fortsetzen. Wir brauchen Entwicklungen. Diese Entwicklungen haben wir in Nordrhein-Westfalen ermöglicht. Die Opposition hat abseits gestanden und war nicht einmal in der Lage, sachgerecht auf diesen Qualitätspakt einzugehen. Sie hat nichts gebracht.

Es ist schade, daß die Vorsitzende des Wissenschaftsausschusses von den GRÜNEN zurückgetreten ist. Das muß ich in diesem Zusammenhang leider feststellen.

Meine Damen und Herren, nehmen wir das dritte Beispiel, Kindergärten: Wir haben es in Nordrhein-Westfalen geschafft, daß der Anspruch auf einen Kindergartenplatz zu über 95 % erfüllt ist. Damit liegen wir in Nordrhein-Westfalen, was die Zuschüsse des Landes für Kindergärten anbelangt, besser als Bayern, besser als Baden-Württemberg, besser als der Durchschnitt der Flächenländer.

Auch im nächsten Jahr stehen für Kindergärten, Horte und Krabbelgruppen wieder 1,7 Milliar-

(C)

(D)

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

(A) den DM zur Verfügung. Das ist unsere praktische Sozialpolitik. Das ist unsere Hilfe für junge Familien. Das ist unsere Hilfe für Kinder, damit sie sich in dieser Gesellschaft gut entwickeln können. Das ist mehr als Phrasen in anderer Richtung, Herr Kollege Diegel.

Nehmen wir den Bereich Schule: Sie haben in Wahrheit mit Ihrer Schulkampagne den größten Flop in Ihrer Wahlkampfstrategie erlebt.

(Beifall bei der SPD - Heinz Hardt [CDU]:
Fragen Sie die Eltern mal!)

Aus Ihrer groß angekündigten Kampagne ist nichts geworden. Sie wollten nach den Ferien vor allen Schulen stehen und den Unterrichtsausfall beklagen.

Wir haben festgestellt, daß Eltern, Lehrer und Schüler sehr genau wissen, auf wen sie sich in diesem Land verlassen können - quantitativ wie qualitativ.

(Beifall bei der SPD)

Es gibt in Nordrhein-Westfalen im Gegensatz zu anderen Bundesländern keinen strukturbedingten Unterrichtsausfall. Es gibt nur den Unterrichtsausfall, den es immer gibt, wenn ein Lehrer krank wird oder in Erziehungsurlaub geht oder wenn andere kurzfristige Probleme anstehen.

(B)

(Zuruf von der CDU: Fragen Sie einmal die Elternverbände!)

- Ja, die Verbände. Das sind Ihre Gesprächspartner. Unsere Gesprächspartner sind die Eltern selbst. Da bekommen wir ein anderes Echo als bei den Elternverbänden und bei den Lehrerverbänden. Das ist wohl wahr. Da haben Sie ein sehr gutes Stichwort geliefert, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD)

Sie sollten sich vielleicht mehr mit den Menschen unterhalten und nicht so sehr mit den Verbänden, damit Sie merken, was in diesem Land wirklich vorgeht.

(Helmut Diegel [CDU]: Sie sollten sich mit den Eltern der Kinder unterhalten!)

Die Schulbildung bekommt im nächsten Jahr 700 Millionen DM zusätzlich, und der Ansatz dafür wird auf 20 Milliarden DM steigen. Das sind 22 % der Ausgaben des Landeshaushaltes, die ausschließlich für Schule und Bildung zur Verfügung stehen. Bei uns werden im Landeshaushalt mehr Mittel pro Schüler zur Verfügung gestellt als in Baden-Württemberg und in Hessen.

Als wir beim Nachtragshaushalt über zusätzliche Lehrer gesprochen haben - wir haben ja ein Sofortprogramm "Schule 2000" aufgelegt -, da haben sich Ihre Kollegen erst gar nicht an der Diskussion beteiligt, weil sie kein Interesse daran hatten, daß wir die Probleme in diesem Land lösen. Ich sage Ihnen aber: Wir lösen die Probleme in diesem Land.

(Beifall bei der SPD)

Der Haushalt 2000 realisiert die zweite Stufe des Initiativprogramms Schule. Mit der erneuten Erhöhung der Ausgaben für Schule und Bildung setzen wir klare Prioritäten. Im Jahre 2000 werden 1.500 Lehrerinnen und Lehrer mehr unterrichten als zu Beginn der Legislaturperiode. Hinzu kommen noch die 600 Stellen für den Vertretungspool, und die Mittel für den flexiblen Vertretungsunterricht sind seit 1995 verdreifacht worden und auf 200 Millionen DM angestiegen. Sie wissen genau, daß andere Bundesländer wie Baden-Württemberg gerade erst anfangen, uns hier zu kopieren.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber)

Wir sind stolz darauf - das werden Sie auch mit öffentlicher Propaganda nicht verhindern können -, daß wir in dieser Legislaturperiode ein zusätzliches Unterrichtsvolumen von 4.000 Lehrerstellen geschaffen haben. Das wissen die Lehrer, das wissen die Eltern, und das wissen die Schüler.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie in der Schulpolitik nach hessischem Beispiel Garantien ankündigen, müßten Sie das als peinlich empfinden, wenn Sie das mit dem vergleichen, was in Hessen tatsächlich passiert.

(Frank Sichau [SPD]: So ist es!)

Was die hessische Regierung nach ihrer Wahl tatsächlich einlöst, bleibt weit hinter dem zurück, was wir schon realisiert haben. Laut "dpa" vom 26. August heißt es:

"Hessische Schulen können im laufenden Schuljahr erheblich weniger Vertretungslehrer einstellen als ursprünglich angenommen."

Weiter heißt es:

"Die neue Landesregierung hatte zum Schuljahresbeginn 10,8 Millionen DM eingeplant, mit denen 300 Vertretungsstellen bezahlt werden sollten. Das Budget wurde aber zusätzlich belastet, weil vor allem südhessische Schul-

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

(A) ämter im vergangenen Jahr zu viele langfristige Vertretungsverträge abgeschlossen haben."

Das, meine Damen und Herren, ist ein Teil der Wahrheit dessen, was Sie im hessischen Wahlkampf versprochen und was Sie anschließend eingelöst haben.

Ich will ein weiteres Beispiel nennen: Herr Reul hat sich in diesem Saal mächtig aufgeregt, als wir den bedarfdeckenden Unterricht für Referendare eingeführt haben. Nun propagieren Sie auch in diesem Fall, wir sollten uns dem hessischen Beispiel nähern. Nur verschweigen Sie, daß die hessische Regierung mehr Referendare einstellen will, damit doppelt soviel bedarfdeckender Unterricht geleistet werden kann wie bei uns. Im Klartext bedeutet dies, wenn ich versuche, Ihre Propaganda mit dem in Übereinstimmung zu bringen, was Realität ist: Sie ziehen öffentlich gegen den bedarfdeckenden Unterricht zu Felde, aber in Wahrheit, wenn Sie sich auf Hessen berufen, haben Sie eine Verdoppelung des bedarfdeckenden Unterrichts in der Tasche. Das ist das, was Sie wirklich in Nordrhein-Westfalen vorhaben.

Ich nehme ein weiteres Beispiel für unsere Politik, nämlich das der verlässlichen Grundschule. Mit der verlässlichen Grundschule von acht bis eins haben wir in wenigen Jahren mehr als 3.500 Gruppen geschaffen, in denen über 70.000 Schülerinnen und Schüler in der Zeit von 8 bis 13 Uhr auch dann betreut werden, wenn der Unterricht ausfällt. Wir haben mit dieser Leistung trotz der finanziellen Schwierigkeiten in diesem Lande, etwas geschaffen, was uns eine Spitzenposition im Vergleich der Flächenländer eingebracht hat. Auch im nächsten Jahr stellen wir dafür wieder 23 Millionen DM zur Verfügung.

(B) Ich bin einmal gespannt, wie Herr Rüttgers, der ja plötzlich seine Liebe für die Ganztagschule entdeckt hat, nachdem er sie jahrelang bekämpft hat, die Ganztagschule bezahlen will.

Insgesamt ist der Einzelplan für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung von 28,7 Milliarden DM bei einem 90 Milliarden DM-Etat im Jahre 1999 auf 29,64 Milliarden DM gestiegen. Das ist ein Zuwachs von 900 Millionen DM. Der gesamte Bildungsbereich steigt im nächsten Haushalt überdurchschnittlich um 3,1 %.

Es gibt Sicherheit, Kontinuität und Verlässlichkeit. Wir haben eine mittelfristige Finanzplanung, aus der Sie ersehen können, daß wir auch in der

nächsten Legislaturperiode beabsichtigen, dieses hohe Niveau der Finanzierung von Wissenschaft und Bildung einzuhalten. Wir werden das fortsetzen.

Herr Rüttgers, der sich anschickt, in Nordrhein-Westfalen die Oppositionsführerrolle zu übernehmen, hat nur zwei Jahre, nämlich von 1996 bis 1998, als Bundesbildungsminister gebraucht, um den Haushalt des Bundes im Bereich der Wissenschaftspolitik um 10 % zu reduzieren. Das zu der Glaubwürdigkeit Ihres Spitzenkandidaten, was die Aussagen zur zukünftigen Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen angeht. Da tritt derjenige, der als Bildungsminister für Kürzungen verantwortlich war, bei uns mit der Parole an, er wolle Steigerungsraten durchsetzen. Halten Sie das für glaubwürdig?

(Beifall bei der SPD - Johannes Remmel
[GRÜNE]: Hört, hört!)

Nehmen wir den Bereich Wirtschaftspolitik und den der Unternehmensgründungen: In den letzten vier Jahren hatten wir in Nordrhein-Westfalen 407.000 Unternehmensgründungen. Das sind mehr als in Baden-Württemberg und Bayern zusammen.

Im Saldo haben wir durchschnittlich 26.000 neue Unternehmungen in Nordrhein-Westfalen. Wir haben einen positiven Gründungssaldo von 3,2 % jährlich - plus, positiv! Die anderen Bundesländern erleben derzeit einen Einbruch von 22 % - minus! Meine Damen und Herren, die Zahlen sprechen für sich. Sie sprechen dafür, daß wir eine hervorragende Wirtschaftspolitik betreiben. Da werden Sie sich natürlich die Zähne ausbeißen! Glauben Sie doch nicht, Herr Kollege Diegel, daß Wirtschaftspolitik nur darin besteht, Haushaltsansätze zu addieren und hochzurechnen. Moderne Wirtschaftspolitik ist viel, viel mehr, als man bei den Haushaltsansätzen und in Geld darstellen kann. Es ist Innovation, es ist Mit-Menschen-Reden, Auf-Menschen-Zugehen, Menschen unterstützen, Prozesse moderieren, Prozesse anstoßen, um positive Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen in Gang zu setzen.

(Laurenz Meyer [CDU]: Heugel!)

- Ach ja, Heugel! Wissen Sie, ich hatte mir überlegt, Herr Kollege Meyer - jetzt kommt das Stichwort leider von Ihnen -, daß ich gar nicht darauf eingehen wollte. Denn jede Partei hat ihre schwarzen Schafe - jede. Ich habe hier eine ganze Liste von schwarzen Schafen, die ich vorlesen

(C)

(D)

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

- (A) könnte, aus Ihrer Partei. Ihr Oberstadtdirektor in Bonn, Herr Diekmann, sitzt in Untersuchungshaft! Der Innenminister von Hessen, Herr Bouffier, ist wegen Parteienverrat verurteilt worden! Ein anderer Landtagskollege der CDU in Hessen ist wegen Steuerhinterziehung verhaftet worden! Gegen einen anderen laufen staatsanwaltschaftliche Ermittlungen in Sachsen-Anhalt!

(Zuruf des Laurenz Meyer [CDU])

Meine Damen und Herren, wir sollten aufhören, Herr Kollege Meyer, uns wechselseitig einzelne schwarze Schafe dermaßen anzulasten, als sei das eine Parteiangelegenheit insgesamt. Wir müssen beide in unseren Reihen die Kraft finden, uns von schwarzen Schafen rechtzeitig zu trennen. Und ich warne noch vor etwas anderem. Ich warne davor - Herr Kollege Diegel müßte es eigentlich wissen -, im Vorfeld, bevor etwas bewiesen ist, zu verurteilen, vorzuverurteilen! Herr Kollege Diegel, ich spreche Sie ganz persönlich an. Sie wissen, was ich meine. Vorverurteilungen sollte man nicht zum Maßstab für politisches Handeln machen, sondern man sollte die Verurteilung abwarten. Dann muß man allerdings handeln. Das wäre ein faires Verfahren!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Ich will das aber gar nicht weiter auswalzen. Ich kann nur an Sie appellieren: Unterlassen Sie es, Einzelfälle, die es in allen Parteien gibt, hochzustilisieren, als sei das ein Politikproblem der jeweiligen Partei. Es ist es nicht! Es sind Einzelfälle. In diesen Fällen werden wir entsprechend konsequent handeln.

Die Unternehmensgründungen haben in Nordrhein-Westfalen - damit bin ich wieder beim Thema - 815.000 zusätzliche Arbeitsplätze gebracht. Keines der alten Bundesländer hat einen solchen Strukturwandel mit einer solch hervorragenden Leistung durchlebt wie Nordrhein-Westfalen.

Die Meistergründungsprämie, eine Erfindung dieses Landes, ist mittlerweile von anderen Ländern kopiert worden. Wir schaffen es, mit 6.000 DM jährlich pro Fall Arbeitsplätze zu schaffen - mit einem unglaublich guten Erfolg und einer unglaublich guten Kooperation mit dem Handwerk in Nordrhein-Westfalen; wie die SPD es übrigens immer noch bestens geschafft hat, parteiübergreifend mit den wichtigen Institutionen und Einrichtungen dieses Landes positiv Politik zu machen.

Flankierend greift die Neuausrichtung des Kreditprogramms für kleinere und mittlere Unternehmen. Mit diesem Programm stehen im nächsten Jahr über 1 Milliarde DM zur Verfügung. Das ist aktive, moderne, flexible Wirtschaftspolitik - nicht das, was Sie hier durch das Addieren von Haushaltsmitteln meinen aufführen zu müssen.

(Zuruf des Helmut Diegel [CDU])

Der Erfolg unserer Politik hat einen Namen. Er heißt Ausbildungskonsens, wobei die Betonung auf beiden Teilen liegt: "Ausbildung" und "Konsens", weil wir auf beides Wert legen. Dieser Ausbildungskonsens ist eng mit der Person des Ministerpräsidenten Wolfgang Clement verbunden, dem ich sehr herzlich danke, und ich denke, das Haus sollte sich diesem Dank anschließen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Er hat sich persönlich engagiert, und er ist persönlich zu guten Erfolgen gekommen. Wir haben in diesem Jahr wieder 5.224 Ausbildungsplätze mehr als im Vorjahr - mehr!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist der Erfolg unserer Politik. Da haben Sie nur abseits gestanden, Herr Kollege. Sie meinen, man bekäme Ausbildungsplätze, indem man im Parlament auf die Regierung schimpft. Ich sage Ihnen: Man bekommt Ausbildungsplätze, indem man aus dem Parlament rausgeht zu den Unternehmen, mit ihnen redet und versucht, mit ihnen Ausbildungsplätze zu vereinbaren. So bekommt man sie,

(Helmut Diegel [CDU]: PR-Kampagne, sonst nichts!)

und das ist gute Politik!

Bei den langzeitarbeitslosen jungen Menschen bis 25 Jahre haben wir unglaublich erfolgreich das Programm "Jugend und Arbeit" und das Programm "Arbeit statt Sozialhilfe" durchgeführt. Wir können einen Rückgang der Arbeitslosigkeit bei jungen Langzeitarbeitslosen um 41 % verzeichnen - 41 % Rückgang der Arbeitslosigkeit bei jungen Menschen! Das ist ein unglaublicher Erfolg. Das hat es vorher in dieser Republik noch nicht gegeben. Jahrelang haben wir auf ein entsprechendes Programm des Bundes gewartet, aber es ist nicht gekommen. Jetzt ist es da; jetzt setzen wir es um. Auch das ist unglaublich erfolgreich! Ich bedanke mich dafür ausdrücklich bei der Bundesregierung.

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

(A) Sehen Sie, Herr Kollege Diegel, im richtigen Leben zählt eben nicht die flotteste Schlagzeile. Im richtigen Leben zählen andere Dinge. Ob unsere Kinder nach der Schulzeit einen Ausbildungsplatz bekommen, das ist wichtig. Ob die Ausbildung zukunftsfähig ist und einen Arbeitsplatz garantiert, das ist wichtig. Ob Kolleginnen und Kollegen, auch wenn sie älter sind als 40, noch einen Arbeitsplatz bekommen, das ist wichtig. Davon versteht in diesem Land jeder Mensch etwas.

Denn hier in diesem Land leben Menschen, die arbeiten, die fleißig sind und die etwas zum Gemeinwohl beitragen. Die Menschen haben in den vergangenen Jahrzehnten bewiesen, daß der notwendige Wandel zu schaffen ist: ohne Brüche, sozial und gerecht und mit dem klaren Auftrag - ich darf den Ministerpräsidenten zitieren -, "unser Land fit zu machen für das 21. Jahrhundert".

Da gibt es drei Punkte, von denen wir wissen, daß sie notwendig sind - auch insoweit darf ich den Herrn Ministerpräsidenten zitieren -:

- Solidarität hält die Menschen zusammen.
- Gerechtigkeit hält die Menschen zusammen.
- Toleranz hält die Menschen zusammen.

(B) Das sind die Schwerpunkte unserer Politik, und das sind auch die Grundlagen für die Erfolge der Menschen in diesem Lande und die Grundlagen, die wir versucht haben, mit bescheidenen Mitteln in diesem Parlament zu schaffen. Ich hätte mich gefreut, hätten Sie ein wenig mehr dazu beigetragen, diese Grundlagen zu erarbeiten.

Ich füge hinzu: Diese Entwicklung war nur dank einer soliden Haushaltsführung möglich, die es auch in schwierigen Zeiten erlaubt hat, ohne Brüche Nordrhein-Westfalen dahin zu führen, wo es hingehört, nämlich an die Spitze der Länder.

Ich muß noch einmal in Erinnerung rufen, unter welchen ruinösen Rahmenbedingungen der Bundespolitik wir lange Jahre unter Kohl agieren mußten, wie wir gebeutelt wurden und wie erfolglos die alte Bundesregierung letzten Endes bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Haushaltskonsolidierung und Schuldenabbau wirklich war. Sie ist ja nicht zu Unrecht abgewählt worden, weil sie es nicht geschafft hat, bei diesen zentralen Problemen durch Konzepte zu überzeugen.

Nehmen wir die Schuldenpolitik! Ich hatte eben schon die Zahl von 1.500 Milliarden DM erwähnt.

Der Bund zahlt jedes Jahr 80 Milliarden DM nur an Zinsen an die Banken. Das haben Sie aufgetürmt. Das hat Ihre Bundespolitik aufgetürmt! Das sind die Probleme, mit denen wir noch 15 Jahre zu tun haben werden. Insofern hat diese Regierung Kohl in der Tat auf Kosten der nächsten Generation versucht, die Probleme zu lösen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deshalb begrüße ich das Sparpaket des Bundesfinanzministers ausdrücklich. Ich kann Ihnen nur dringend empfehlen, Ihre Position, die Sie hier geäußert haben, das Sparpaket abzulehnen, noch einmal zu überdenken. Wenn wir nämlich aus der Situation herauskommen wollen, daß von 1 DM Steuereinnahmen 22 Pfennig an die Banken gezahlt werden müssen, bedarf das einer Anstrengung, bei der Sie nicht abseits stehen dürfen, sondern mithelfen müssen, den Menschen klarzumachen, daß es so nicht weitergehen kann.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich lade Sie ein, Ihre Position wirklich zu überdenken und in dieser Frage zu einem konstruktiven Miteinander zu kommen.

(Helmut Diegel [CDU]: Das haben wir schon zehnmal angeboten!)

- Das ist das Problem; Ihre Angebote sind verbal; Ihr praktisches Verhalten steht dem aber immer diametral entgegen. Lösen Sie dieses Problem!

(Beifall bei der SPD)

Das Sparpaket scheint mir die Belastungen auf alle Bevölkerungsschichten solide zu verteilen. Meine Damen und Herren, nach meinem Dafürhalten bedeutet es ein ziemliches Maß an Heuchelei, wenn Sie die Rentenpolitik so ansprechen, wie Sie das hier getan haben. Was für ein Spiel treiben Sie eigentlich mit den Rentnern in unserem Lande!

In den Jahren 1995, 1996, 1997 und 1998 lag die Preissteigerung bei durchschnittlich 1,8 %. Demgegenüber lag die effektive Anpassung der Renten unter Ihrer Bundesregierung bei 0,8 %. Bei der Hälfte! Und jetzt sagt Herr Riester: Wir werden die Rentenentwicklung in den nächsten Jahren an die Entwicklung der Preissteigerung anpassen. - Das ist viel mehr Versprechen, als Sie in der Vergangenheit realisiert haben. Deshalb ist unsere Politik solide und Ihre verlogen.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

- (A) Das weiß übrigens auch Herr Rüttgers, der die drastische Beschneidung der Renteneinkommen in den Jahren von 1995 bis 1998 im Kabinett mit beschlossen hat.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Wissen Sie eigentlich, wovon Sie reden?)

Nehmen wir einmal das Verhältnis Bund : Länder! Aus den Finanzberichten des Bundes ergibt sich, daß es zwischen 1991 und 1997 Steuererhöhungen in Höhe von 125 Milliarden DM gegeben hat, während die Steuersenkungen im gleichen Zeitraum 67 Milliarden DM betragen, so daß netto während Ihrer Regierungszeit rund 58 Milliarden DM Steuererhöhung übrigblieben. Interessanterweise betrafen diese Erhöhungen die Mineralölsteuer, den Solidaritätszuschlag, die Versicherungs- und die Tabaksteuer, also reine Bundessteuern. Der Bund hat sich bei den Menschen bedient, aber die Gegenfinanzierung und das, was netto einigermaßen finanziert werden muß, den Ländern aufs Auge gedrückt, Herr Kollege. Denn die Gemeinschaftssteuern sind genau in dieser Zeit reduziert worden. Das heißt, wir haben die Lasten dafür übernehmen müssen, daß sich der Bund bei den Menschen beliebt macht. So funktioniert das System: Nimm' dir selbst und streich' bei Ländern und Gemeinden! Mach' dich zu Lasten der Länder und Gemeinden beliebt!

(B)

Ich bin froh, daß mit dieser unredlichen Politik Schluß ist,

(Beifall bei der SPD)

und kann unserer eigenen Bundesregierung nur dringend dazu raten, das, was der Finanzminister bei der Einbringung des Haushalts erklärt hat, ernstzunehmen. Wir werden auch der neuen Bundesregierung den Konflikt nicht ersparen, sollte sie meinen, sie könnte zu Lasten der Länder und Gemeinden Kosten verschieben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Natürlich hat die neue Bundesregierung die Schwerpunkte auch in der Steuerpolitik verändert. Das ist im Steuerentlastungsgesetz 1999/2002 deutlich zu erkennen. Es hat Entlastungen von Arbeitnehmern und ihren Familien gegeben, und es gibt mehr Steuergerechtigkeit. Das Kindergeld wird für das erste und das zweite Kind um monatlich 30 DM angehoben. Der Grundfreibetrag bei der Einkommensteuer ist angehoben worden und soll ab 01.01.2000

14.000 DM betragen. Der Eingangssteuersatz wird von 25,9 auf 23,9 Prozentpunkte gesenkt. In der dritten Stufe sind es 19,9 %.

Meine Damen und Herren, das ist der kleine Unterschied zwischen der Steuerpolitik, die Sie betrieben haben, und der Steuerpolitik, wie wir sie machen.

(Beifall bei der SPD)

Wir machen das, um das Portemonnaie der Menschen zu entlasten.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Unglaublich, was Sie da reden!)

Wir haben den Menschen Geld gegeben und versuchen, sie am sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt zu beteiligen. Sie aber haben Unternehmensteuern reduziert und Ihr Versprechen, dadurch zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen, nicht eingehalten. Das ist der kleine Unterschied.

(Beifall bei der SPD - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Er lügt! - Der Redner wendet sich an Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber.)

- Ist "Lüge" eigentlich ein Wort, das gerügt werden muß?

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Wir werden das prüfen.

Ernst-Martin Walsken (SPD): Das Gesamtwerk der neuen Bundesregierung führt zu Nettoentlastungen der Steuerzahler in Höhe von 20 Milliarden DM. Der Mittelstand wird nach dem neuen Paket um 5,5 Milliarden DM entlastet. Auf die Unternehmen kommen zusätzliche Belastungen in Höhe von 10 Milliarden DM zu.

Meine Damen und Herren, das Bundesverfassungsgericht hat Ihnen, CDU, CSU und F.D.P., der alten Bundesregierung, vor wenigen Wochen bescheinigt, daß Sie Ihre Familienpolitik in den letzten 14 Jahren familienfeindlich ausgestaltet haben und Ihre Familienförderung nach den Steuergesetzen verfassungswidrig war.

Wir sind in Bonn dabei, jetzt Ihre verfassungswidrige Familienpolitik und Ihre verfehlte Sozialpolitik auszugleichen. Das machen wir. Wir stehen dazu und werden das durchführen.

(Beifall bei der SPD)

(C)

(D)

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

(A) Meine Damen und Herren, aber auch in diesem Zusammenhang wundere ich mich, wo denn Ihre Linie ist. Wo ist denn Ihre politische Haltung?

Ich habe gelesen, daß sich Baden-Württemberg und Bayern lauthals darüber beklagen, daß die Unternehmen mit 10 Milliarden DM belastet werden. Das sei, sagen sie, nicht ausgewogen, wenn zuviel Entlastung bei den Arbeitnehmern eintrete. Originalton Bayern und Baden-Württemberg: Die Entlastung der Familien und die Entlastung der sozial Schwachen sei überdimensional, die Belastung der Unternehmen sei zu groß. - Meine Damen und Herren, so weit die Linie Ihrer Politik.

Durch das Steuerentlastungsgesetz werden auch die Spitzensteuersätze gesenkt: 1999 sinkt der Spitzensteuersatz für einbehaltene Gewinne auf 40 %, der Höchststeuersatz für gewerbliche Einkünfte bei der Einkommensteuer von 47 auf 45 %.

Meine Damen und Herren, soweit es um den Spitzensteuersatz geht, verfolgen wir vordringlich das Ziel - ohne daß es dabei etwa um Sozialneid ginge -, den realen Spitzensteuersatz und den nominalen Spitzensteuersatz anzugleichen, denn in keinem anderen Land haben diese sich so weit auseinanderentwickelt wie in Deutschland. Das ist einer der wichtigen Punkte, die uns im internationalen Konkurrenzkampf zu schaffen machen. Denn kein Amerikaner, der hier bei uns investieren will, kann nachvollziehen, weshalb der tatsächliche Steuersatz bei 20 oder 25 % liegt, während im Gesetz steht, daß er bei 45, 47 oder 49 % liegt. Wir müssen diese Lücke schließen und den realen und den nominalen Steuersatz auf ein und dieselbe Höhe bringen. Das würde bedeuten, daß Steuerentlastungen in dem Umfang nicht mehr stattfinden können.

Ich hoffe, daß wir es zum 01.01.2001 in der Unternehmensteuerreform hinbekommen, einheitliche Steuersätze für im Betrieb verbliebene Gewinne in Höhe von 25 % durchzusetzen.

Das sind die Unterschiede in der Politik, und ich hätte mich sehr gefreut, wenn Sie die inhaltlichen Unterschiede von Ihrer Seite aus aufgeführt hätten. Leider sind Sie den Beweis einer Konzeption schuldig geblieben. Wir sind jedenfalls auf das, was in Bonn läuft, stolz; wir sind zuversichtlich.

(Lachen bei der CDU)

Die ausländischen Direktinvestitionen in der Bundesrepublik haben sich seit 1998 bereits verdop-

pelt, und ein Viertel dieser Investitionen ist nach Nordrhein-Westfalen geflossen. Die Konjunktur verstärkt sich deutlich. Die Deutsche Bank rechnet im nächsten Jahr mit einem Wachstum von 3 %. Das Sofortprogramm der Bundesregierung - ich habe es eben schon erwähnt - hat in sieben Monaten 170.000 jungen Menschen den Einstieg in Arbeit und Ausbildung ermöglicht. Die Jugendarbeitslosigkeit insgesamt ist um 8,1 % gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen.

Das ist eine unglaubliche Veränderung der politischen Szenerie in Deutschland. Wir sind froh, daß wir die alten Gleise Ihrer Bundespolitik verlassen haben; wir müssen uns jetzt neu justieren und den Einstieg finden. Aber Sie können sicher sein, daß uns der Einstieg in eine veränderte Politiklage nicht nur gelingen wird, sondern daß er für die Menschen in diesem Lande auch erfolgreich sein wird.

Lassen Sie mich zum Abschluß einige Bemerkungen auch zum eingebrachten Haushalt 2000 machen.

(Helmut Diegel [CDU]: Na endlich!)

- Ja, sicher. - Die Steigerungsrate des Haushalts liegt bei 1,9 %. Wir liegen damit unter der vom Finanzplanungsrat empfohlenen Steigerung von 2 %. Das zeigt, wie vorsichtig und solide wir sind.

(Helmut Diegel [CDU]: Ist das eine besondere Großtat?)

- Ja, es ist der Ausdruck einer grundsoliden Politik, daß man es trotz schwieriger Rahmenbedingungen schafft, besser zu sein als andere. Das ist eine hervorragende Politik. Wir sind stolz darauf, daß wir einen Finanzminister haben, der für Solidität in diesem Lande steht und dem ich danken möchte - es ist in diesem Hause sein letzter Haushalt -, daß er das glaubwürdig vertreten hat.

(Beifall bei der SPD)

Die Steuereinnahmen in Höhe von 73 Milliarden DM fallen um 500 Millionen DM niedriger aus, als es die Steuerschätzung im Mai 1998 prognostiziert hat. Wir haben trotzdem eine Steuerungsfinanzierungsquote des Haushalts - das ist der zweite Indikator für solide Haushaltspolitik - von 78,3 %. Nach einer Steuerungsfinanzierungsquote von 78,3 %, nach einer solch hervorragenden Zahl, Herr Kollege Diegel, würden sich die anderen Flächenländer die Finger lecken. Ich bin stolz auf diese Zahl, und ich danke dem Finanzminister.

(C)

(D)

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

- (A) Ich komme zu einem etwas unangenehmen Kapitel. Wir haben neben den Steuereinnahmen und der Verschuldung auch übrige Einnahmen. Dazu gehören auch die von der WestLB zu zahlenden Zinsen für das WfA-Vermögen. Ich weiß nicht, ob es so sein wird, aber ich unterstelle es einmal: Ich würde es unglaublich begrüßen, wenn alle drei Fraktionen des Landes - alle! - der WestLB, aber auch der Landesregierung den Rücken stärken würden, um gegen die Entscheidung der EU-Kommission vorzugehen.

(Beifall bei der SPD)

Ich frage Sie, die CDU, besonders, weil ich aus Ihren Reihen Unterschiedliches höre. Einer Ihrer Kollegen, ein ost-westfälischer Vorsitzender, ist der Meinung, daß diese Entscheidung völlig richtig sei. Aber das müssen Sie klären.

Die Entscheidung der EU-Kommission, daß die WestLB eine Nettodividende in Höhe von 1,6 Milliarden DM für 1992 bis 1993 nachzahlen soll, ist für mich - das gestehe ich hier - ein Stück aus den Narrenhaus. Die Entscheidung, die eine nicht mehr legitimierte, eine bereits zurückgetretene Kommission entgegen einer Amsterdamer Erklärung und ohne Legitimation durch das Europäische Parlament trifft, daß eine 12%ige Nettodividende, also eine 24%ige Bruttodividende, zur Refinanzierung von Kapital zu zahlen ist, eine solche Entscheidung kann ich nicht akzeptieren. Ich finde sie unerträglich. Sie ist in der Sache falsch und der Höhe nach falsch. Ich hoffe, daß wir noch bis Ende des Monats Zeit haben, der Landesregierung vielleicht durch eine gemeinsame Entschließung des Parlaments den Rücken zu stärken, um alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, gegen diese Entscheidung vorzugehen.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Die Neuverschuldung sinkt um 270 Millionen DM auf 6,9 Milliarden DM. Der Abstand zur Verfassungsgrenze ist gewahrt und steigt auf 426 Millionen DM. Mit einer Schuldenfinanzierungsquote - das ist der dritte Indikator für eine solide Haushaltspolitik - von 7,4 % stehen wir im Vergleich zu den alten Bundesländern nicht schlecht da.

Sie haben recht, die Personalausgabenquote liegt bei 40,6 %; sie wird uns auch im nächsten Jahr noch ein bißchen zu schaffen machen. Aber da Sie ebenfalls keine Sozialpläne vorschlagen und auch nicht vorschlagen, daß wir betriebsbedingte Kündigungen aussprechen, werden Sie das glei-

che Problem lösen müssen wie wir. Aber ich erwarte von Ihnen, daß Sie nicht nur die Quote beklagen, sondern auch einmal konkrete Vorschläge unterbreiten, wie denn die Quote gesenkt werden soll, wenn man nicht zu den klassischen Mitteln der freien Marktwirtschaft greift.

Ich bin jedenfalls noch relativ zuversichtlich, weil die Quote auch deshalb zustande kommt, weil die Steuereinnahmen sinken und deshalb natürlich die Quote, wenn die Ausgaben gleich bleiben, steigen muß. Wir liegen dennoch unter der Personalausgabenquote von Bayern, die bei 42,4 % liegt.

Wir haben - darüber bin ich im Vergleich zu den anderen Bundesländern außerordentlich stolz - die niedrigsten Kosten für die politische Führung und die niedrigsten Verwaltungskosten von allen Flächenländern in der Bundesrepublik. Das kann sich sehen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden durch die Verwaltungsreform versuchen, auch diese Kosten noch weiter zu senken, damit wir noch mehr Spielräume für eine aktive gestalterische Haushaltspolitik bekommen.

Neben der allgemeinen Gehaltsentwicklung wird die Zunahme der Zahl der Versorgungsempfänger das Problem sein. Denn erst im Jahre 2013 wird unser Rücklagengesetz greifen, und wir werden bis 2013 mit steigenden Ausgaben zu rechnen haben. Erst dann können wir mit einer Stagnation rechnen, weil die Steigerungen dann durch die Erträge der Rücklage finanziert werden können. Aber die Mehrausgaben bei den altersbedingten Ausgaben werden uns noch Sorgen machen; darüber werden wir noch nachdenken müssen. Aber auch da, Herr Kollege Diegel - das wissen Sie auch -, gibt es keine Patentrezepte.

(D)

Es ist nun einmal - das ist ja unser Problem - Sache der Länder, die unmittelbare Daseinsvorsorge für die Bevölkerung zu schaffen. Unser Haushalt besteht aus Polizisten, Lehrern, Hochschullehrern, Finanzbeamten, Umweltbeamten, Justizbeamten, und alle zusammen bilden 91,2 % unserer Personalausgaben. Wenn Sie ernsthaft meinen, Personal sparen zu können, dann müssen Sie auch eine ernsthafte Antwort geben, wo Sie denn bei diesen 91,2 % ansetzen wollen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ansonsten kann ich Ihnen Ihre Rhetorik nicht abnehmen.

(C)

(Ernst-Martin Walsken [SPD])

- (A) Die Zinsausgaben steigen - Sie haben darauf hingewiesen - um 0,9 %. Dennoch sinkt die Zinsquote um weitere 0,1 %. Auch das ist ein guter Indikator. Und wir haben - wie bereits im 1. Modernisierungsgesetz zur Verwaltungsreform - erneut positiv unsere kommunalfreundliche Haltung durch die Dotation im Gemeindefinanzierungsgesetz deutlich gemacht.

Wenn Sie plötzlich anfangen, die Zweckzuweisungen und allgemeinen Zuweisungen im Gemeindefinanzierungsgesetz auseinanderzuziehen und zu sagen, es sei unglaublich, daß die Zweckzuweisungen zurückgegangen sind, müssen Sie im Gegenzug natürlich auch sagen, daß in dem Maße, wie die Zweckzuweisungen zurückgegangen sind, die Schlüsselzuweisungen gestiegen sind. Das sind kommunizierende Röhren. Der Gesamtbetrag für die Gemeinden bleibt gleich - wie Sie zu Recht gesagt haben -, und zwar im rechtlich vom Landtag vorgegebenen Rahmen. Also verstehe ich Ihre sophistische Auseinanderdividiererei nicht.

Der verfügbare Verbundsatz für die Gemeinden steigt im nächsten Jahr um 2,2 % auf 14,1 Milliarden DM. Das ist mehr als die Haushaltssteigerung. Die Schlüsselzuweisungen steigen um 3 % auf 11 Milliarden DM. Meine Damen und Herren, die Bürger, aber auch die Kommunen können sich auf die Landesregierung und auf die Mehrheit in diesem Hause verlassen, in der Vergangenheit wie auch in der Zukunft.

- (B) Wie es mit Ihrer Verlässlichkeit aussieht, meine Damen und Herren, habe ich eben an einigen Beispielen dargestellt. Ich will noch ein Beispiel nennen. Wir haben gegenüber den Bergleuten im Braunkohle- und Steinkohlebergbau Wort gehalten. Aber wie erklären Sie sich denn, daß Ihre Bundestagsfraktion dem Bund vorschlägt, noch in diesem Haushaltsjahr 713 Millionen DM bei der Kohle zu streichen? Wie verträgt sich das mit Ihren Formulierungen für eine glaubwürdige Finanzpolitik? Wie verträgt sich das mit der Position von Herrn Rüttgers, der erklärt, Verträge müßten gehalten werden? Hier erklären Sie, Verträge müßten gehalten werden. In Bonn beantragen aber Ihre Bundestagsabgeordneten, daß die Verträge gebrochen werden. Meine Damen und Herren, ist das die neue Opposition, die hier so redet und da anders handelt? Ich glaube, Sie irren sich, wenn Sie meinen, der Bürger merkt das nicht. Der

Bürger ist viel besser im Bilde und viel besser informiert,

(C)

(Heinz Hardt [CDU]: Das kann man wohl sagen!)

als Sie es wissen.

Heute muß sich jeder fragen, was er in dieser schwierigen Phase, in der wir uns befinden, tun kann. Viele Länder haben in dieser Situation einiges hinter sich. Es hat Veränderungen gegeben. Es wird auch bei uns Veränderungen geben. Aber die großen Veränderungen in den Sozialsystemen und in den Steuersystemen, die jetzt langsam anfangen, werden wir nur Schritt für Schritt gehen. Die ersten Schritte sind getan, wir werden weitere gehen. Wir werden alles tun - das ist unsere Aufgabe -, um die Bürger bei diesen schwierigen Schritten, die wir zu leisten haben, im Boot zu behalten, sie dabeizubehalten und ihnen zu sagen, um was es geht, Aufklärung zu betreiben und sie zu überzeugen. Wir wollen keine Wahlkämpfe mit Phrasen, auch keine Politik mit Phrasen. Wir wollen Politik mit Überzeugung und Argumenten.

Deshalb sind wir sehr zuversichtlich, daß es uns gelingen wird, das dem Bürger überzubringen. - Herzlichen Dank.

(D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Kollegen Sagel das Wort.

Rüdiger Sagel (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Präsidentin! Das Trauerspiel der CDU wird wirklich immer erbärmlicher. Was wir heute hier gehört haben, ist nicht der Ansatz, um die tatsächlich anstehenden Zukunftsprobleme zu lösen. Ich kann Ihnen nur sagen: Das war wirklich überhaupt nichts. Das war nicht einmal der Ansatz eines Konzepts, um tatsächlich irgend etwas im Land Nordrhein-Westfalen zu bewegen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Es geht um Zukunftssicherheit für die Menschen in NRW. Zukunftssicherheit zu erhalten und zu sichern ist das Ziel und die Verpflichtung. Ich kann deutlich sagen: Für unsere Fraktion ist das auch die Verantwortung, der wir uns hier stellen.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE])

(A) In Zeiten knapper öffentlicher Kassen und eines Haushaltskonsolidierungskurses zur Vermeidung weiterer Schulden ist das sicherlich keine leichte Aufgabe. Nicht alle Wünsche können wir sofort erfüllen. Das ist ganz klar. Wir halten jedoch an dieser Verpflichtung fest und werden mit diesem Landeshaushalt 2000 die Ampel in NRW ein Stückchen weiter auf Grün stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen natürlich auch den Tanker SPD weiterbewegen, den sozialen und ökologischen Reformkorridor erweitern, Arbeitsplätze erhalten, neue Arbeitsplätze schaffen und vor allem Bildung und Ausbildung in unserem Land weiter verbessern.

Wir befinden uns im Moment in der heißen Phase des Kommunalwahlkampfes in NRW. Die Aufgabe der Landespolitik ist es, für die Kommunen in unserem Land solide finanzielle Rahmenbedingungen zu garantieren und für Zukunftssicherheit zu sorgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Landeshaushalt wird diesem Anspruch nicht nur gerecht, sondern er ist sogar ein positives Signal für die Städte und Gemeinden in unserem Land; denn auch und gerade die Kommunen müssen den sich ergebenden gesellschaftlichen Umbrüchen im Zeitalter der Digitalisierung und sich öffnender Märkte mit verschärftem Wettbewerb gerecht werden.

(B)

Im Jahr 2000 fließen 22,6 Milliarden DM aus dem Landeshaushalt an die Gemeinden. Das ist fast jede vierte Mark des Landeshaushalts. Auch für den kommunalen Verwaltungshaushalt wichtige Schlüsselzuweisungen steigen um 3 %. Das ist eine deutliche Steigerung. Für die Realisierung wichtiger lokaler Projekte stehen vor Ort an Investitionspauschalen nun sogar 930 Millionen DM zur Verfügung; dies bedeutet ein Wachstum um 14 %.

Wir haben damit deutlich gemacht: Wir stärken den Kommunen in NRW den Rücken, und sie erhalten aus Düsseldorf nicht nur Rückhalt, sondern Stabilität und Perspektiven für ihre Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beharrliche soziale und ökologische Veränderung, Zukunftssicherung für die Menschen in NRW mit den Kriterien "ökologische Zukunftsfähigkeit", "soziale Gerechtigkeit" und "wirtschaftliche Trag-

fähigkeit" - dafür stehen wir weiterhin. Darum haben wir in den letzten viereinhalb Jahren in NRW auch in Regierungsverantwortung gestanden.

(C)

Viele Menschen in unserem Land und breite gesellschaftliche Schichten sind schon lange nicht mehr dem überkommenen Denken in starren Strukturen verhaftet. Wir brauchen daher einen strategischen Konsens für einen neuen Aufbruch unter sozialverträglichen Bedingungen. Das ist das Ziel, für das sich der Einsatz lohnt. Ich denke, wir sind auch mit diesem Landeshaushalt in NRW auf dem richtigen Wege.

Die Bilanz im bevölkerungsreichsten und wirtschaftlich stärksten Land in Deutschland ist trotz knapper Kassen positiv und wird auch im Haushalt 2000 positiv fortgesetzt. Seit Beginn der Koalition unter Beteiligung der GRÜNEN ist die Erstarrung der 15 Jahre mit absoluter Mehrheit regierenden SPD aufgebrochen. Als innovativer Motor haben wir den vielfältigen Anforderungen im gesellschaftlichen Transformationsprozeß Rechnung getragen. Dies findet sich auch in diesem Landeshaushalt 2000 wieder.

Wir stehen in einem Veränderungsprozeß. Dabei darf es sicherlich nicht um die persönlichen Interessen gehen, sondern wir sind dem Allgemeinwohl verpflichtet.

(D)

Wenn sich Politik und Politiker an der persönlichen Bereicherung und der Nutzung wirtschaftlicher Vorteile orientieren, wie es jetzt in Köln und Dortmund der Fall gewesen ist - dies gilt auch für die in Bayern offenkundig gewordene Interessensverquickung -, schadet das dem Ansehen der Politik und ihren Exponenten.

Herr Diegel, wenn Sie sich hier als Saubermann aufspielen, kann ich Ihnen nur sagen: Filz gibt es auch bei der CDU. Sie haben ja noch - ich selbst komme aus Münster - vor ein paar Jahren den Oberstadtdirektor von Münster in die Wüste schicken müssen, weil genau dieser schwarze Filz der Grund dafür war. Also auch Sie können sich davon überhaupt nicht freisprechen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit dem Landeshaushalt 2000 vollziehen wir nicht nur den Schritt in ein neues Jahr, sondern wir müssen auch gleichzeitig Akzente für den Aufbruch in ein neues Jahrhundert setzen. In einer Zeit rasanter globaler Veränderungen, wirtschaftlicher Umbrüche, einer sich rasch und welt

(Rüdiger Sagel [GRÜNE])

(A) weit entwickelnden Informationsgesellschaft, die immer enger zusammenwächst, und nicht zuletzt gesellschaftspolitischer Transformation gilt es, nicht nur zu bilanzieren, was bisher erreicht wurde und an welcher Stelle wir stehen, sondern es gilt vor allem, den Blick perspektivisch nach vorn zu richten, um den sich neu stellenden Anforderungen gerecht zu werden. Und wir stellen uns im Gegensatz zur CDU dieser haushaltspolitischen Verantwortung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie von der Opposition können weder ein Zukunftsprogramm noch weniger aber ein durchgerechnetes und finanzierbares Konzept für eine an den stattfindenden Reformprozessen orientierte Politik vorweisen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Keinen einzigen Vorschlag, Herr Diegel, haben wir heute von Ihnen gehört. Blasen, nichts als Blasen - das ist Ihre Politik, die Sie hier in Nordrhein-Westfalen machen.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: So etwas will regieren!)

(B) Sie kommen nur mit platten Vorschlägen wie im letzten Haushalt mit einer globalen Minderausgabe um 800 Millionen DM daher. Und wer wie Sie - das war Ihr einziger konkreter Vorschlag - mit dem Verkauf von Landeseigentum, Eigentum also, das sich nur einmal veräußern läßt, Haushalts-sanierung betreiben will, der will auch keine vorausschauende und auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Haushalts- und Finanzpolitik betreiben. Sie haben kein bißchen finanziellen Boden unter den Füßen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann nur feststellen: Über den Wolken muß die Freiheit wohl grenzenlos sein. Das ist Ihre Politik.

(Ewald Groth [GRÜNE]: Tiefschwarzer Himmel!)

Meine Damen und Herren von der CDU! Wer jetzt im Wahlkampf in NRW von sozialer Unausgewogenheit redet und seinen Wahlkampf und ganze Kampagnen darauf aufbaut, der betreibt blanken Populismus. Wer hat denn 16 Jahre lang in Bonn genau diese Gruppen - Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger - immer mehr an den Rand Ihrer Zweidrittelgesellschaft und in die Armut ge-

drängt? Wer hat denn den Rentnern, für die Sie jetzt einzutreten vorgeben, durch Herrn Blüm jahrelang Sand in die Augen gestreut? Wer wollte denn die Renten auf 64 % kürzen? Sie von der CDU haben jahrelang diese Politik der sozialen Kälte getrieben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Diegel, offenbar leiden Sie auch an dem Kohlschen Blackout, wenn Sie sich jetzt daran nicht mehr erinnern können. Wenn Sie diesmal wieder für die Rente auf die Straße gehen und dafür Unterschriften sammeln, kann ich nur konstatieren: Sie tragen Ihren Wahlkampf auf dem Rücken alter Leute aus, ohne selbst finanzierbare Vorschläge zu haben. Das ist wirklich nur noch schäbig. Sie sollten sich schämen für das, was Sie hier machen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bei aller Aufregung um die Renten muß man doch eines festhalten: Die Renten sind und bleiben sicher. Ihre alte Bonner Politik hat allerdings genau dafür gesorgt, daß das nicht der Fall ist. Denn Sie haben die finanzpolitischen Rahmenbedingungen in den letzten Jahren deutlich verschlechtert. Erst seitdem eine neue Bundesregierung im Amt ist, hat sich die Situation verbessert.

(Antonius Rüsenberg [CDU]: O nein, o nein!)

- Sehr wohl, genau so ist es! Nordrhein-Westfalen mußte zwischen 1995 und 1999 enorme Einbrüche von mehr als 24 Milliarden DM hinnehmen, und dies nur aufgrund der Bundespolitik. Und die mittlerweile sprichwörtlichen Waigelschen Haushaltslöcher, die er der neuen Bundesregierung als Erblast hinterlassen hat, werden noch für einige Jahrzehnte zum Ballast und haben ihre Spuren auch in der Finanzpolitik des Landes NRW hinterlassen. Mit dieser Politik wurde auf die Länder und Kommunen abgewälzt, was in Bonn hätte gelöst und finanziert werden müssen.

Für das Land NRW und seine Kommunen kann ich daher nur ein Fazit ziehen: Die Sonnenfinsternis hat nur zwei Minuten gedauert. Die politische Finsternis mit der CDU würde mindestens fünf Jahre dauern.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Ewald Groth [GRÜNE]: Das hat schon einmal 16 Jahre gedauert!)

(C)

(D)

(Rüdiger Sagel [GRÜNE])

- (A) Die NRW-GRÜNEN - das möchte ich auch sagen - unterstützen nicht in jedem Detail, aber grundsätzlich das Zukunftsprogramm 2000 der rot-grünen Bundesregierung. Es ist mit 30 Milliarden DM Einsparvolumen das größte Sanierungsprogramm seit Gründung der Bundesrepublik. Der Bund muß aufgrund der Kohlschen Erblast pro Jahr mehr als 80 Milliarden DM an Zinsen zahlen. Am Sparen führt deshalb wirklich kein Weg vorbei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gibt allerdings einige Bereiche - und das will ich auch nicht unerwähnt lassen -, die durchaus problematisch sind und in denen bei Beibehaltung des vorgesehenen Einsparvolumens Korrekturen ergriffen werden müssen. Dies gilt für den geplanten Wegfall der originären Arbeitslosenhilfe und für die Verlagerung des Wohngeldes auf Land und Kommunen. Im Zuge der Rentenreform muß die soziale Grundsicherung für Leute mit kleinen Renten, wie von der Bundesregierung angekündigt, schnellstmöglich eingeführt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Die Lasten müssen gerecht verteilt werden, und die von der Regierung Kohl hinterlassenen Gerechtigkeitslücken müssen sozial gerecht geschlossen werden. Dafür stehen wir.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen Gerechtigkeit zwischen den Generationen, eine Modernisierung der Gesellschaft, aber auch einen Ausgleich zwischen hohen und niedrigen Einkommen. In diesem Zusammenhang ist auch die Wiedereinführung der Vermögensteuer ein Thema; denn sie dient einer breiteren Lastenverteilung auf alle leistungsfähigen gesellschaftlichen Gruppen. Deswegen ist sie zu empfehlen.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Die neue Bundesregierung hat, was in der aktuellen Diskussion bereits in Vergessenheit geraten ist, schon am Beginn der Legislaturperiode Erhebliches für den sozialen Ausgleich geleistet. Genannt seien hier Familienlastenausgleich, Erhöhung des Kindergeldes, Lohnfortzahlung, Kündigungsschutz, Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Das sind nur einige wichtige Maßnahmen zur Beseitigung genau dieser Kohlschen Gerechtigkeitslücke.

Auch wenn diese Regierung beim Schritt nach vorn manchmal stolpert - das ist besser, als auf der Stelle zu stehen und gegenüber den Heraus-

forderungen der Gegenwart zurückzubleiben. Das ist nämlich genau die Kohlsche Stillstandspolitik, die Sie jahrelang betrieben haben. Die Millionen Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger wissen, wovon ich rede. Ich möchte Ihnen das auch einfach noch einmal ins Gedächtnis rufen: Das war Ihre Politik!

Eines steht fest: Diese Bundesregierung, die sicherlich nicht alles richtig macht, meint es ernst damit, Gerechtigkeit zu schaffen, die uns auch die Zukunft meistern läßt, und auch das, was die Kohl-Regierung in 16 Jahren schlecht gemacht hat, wesentlich zu verbessern.

(Antonius Rösenberg [CDU]: Und wann kommt ein konkretes Ergebnis?)

Nordrhein-Westfalen steht zukünftig nicht nur in einem harten Wettbewerb mit internationaler Konkurrenz; auch die Konkurrenz der europäischen Regionen untereinander wird weiter zunehmen. Um hier nicht ins Hintertreffen zu geraten und um in diesem Wettbewerb zu bestehen, gilt es, nicht nur die sich bietenden Chancen zu ergreifen, sondern sie auch weiterhin konkret zu realisieren.

Neue Zeiten brauchen sicherlich neue Antworten. Ob sie dazu die "Neue Mitte" brauchen, sei dahingestellt; aber was sie mit Sicherheit nicht brauchen, ist eine Politik des "Weiter so!" christdemokratischer Prägung.

(D)

Die Politik des Umverteils von unten nach oben und die damit einhergehende Zweidrittelgesellschaft ist mit GRÜNEN nicht zu machen.

Solide Finanzen sind eine ganz wesentliche Grundlage für eine positive Entwicklung in der Zukunft. Die knappen öffentlichen Mittel müssen nicht nur möglichst effektiv eingesetzt, sondern die notwendig gewordenen Belastungen müssen auch möglichst gerecht verteilt werden.

(Beifall bei der CDU)

Dies gilt daher insbesondere auch für diesen Landeshaushalt an einer zeitlichen Schnittstelle, an der wir nicht nur feststellen, was bisher finanziert wurde und was damit erreicht wurde, sondern vor allem auch, was wir zukünftig weiter finanzieren wollen und müssen und was dafür die maßgeblichen Kriterien sind.

In dieser gesellschaftspolitisch und wirtschaftlich schwierigen Zeit geht es um verlässliche Politik. Aber dabei dürfen wir nicht stehenbleiben. Eine zukunftsorientierte Politik ist die Herausforderung

(Rüdiger Sagel [GRÜNE])

(A) und Aufgabe, die wir meistern müssen. Daher gilt es nicht nur, die Themen der Zukunft zu erkennen und konkrete Projekte für den Strukturwandel zu erkennen, sondern gerade für uns als GRÜNE ist es das Ziel, durch eine umwelt- und sozialverträgliche Gestaltung die wirtschaftliche und ökologische Entwicklung des Landes NRW zu formen und den Bürgerinnen und Bürgern eine überzeugende, verlässliche und sichere Zukunftsperspektive zu bieten - und dies für alle Menschen in unserem Land.

Als soziale und ökologische Zukunftspartei wollen wir diese Akzente in allen wesentlichen Politikfeldern - in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, im Technologiewandel, in der Sozial-, Umwelt-, Wohnungs- und Bildungspolitik - setzen.

Haushalts- und Finanzpolitik grüner Prägung orientiert sich am Prinzip der Nachhaltigkeit. Das bedeutet:

Erstens. Die Haushaltsansätze müssen so ausgestaltet sein, daß damit Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze geschaffen werden, eine Verkehrs- und Energiewende bewirkt, vorsorgender Umweltschutz etabliert, die Industriegesellschaft umgebaut, der Sozialstaat bewahrt und gestärkt sowie Bildung, Weiterbildung und Forschung ein vorrangiger Platz eingeräumt werden kann.

(B) Zweitens. Die öffentlichen Haushalte müssen so gestärkt werden, daß die vorgenannten Ziele finanzierbar bleiben. Kreditaufnahmen dürfen nicht einseitig zu Lasten späterer Generationen gehen und Handlungsspielräume einengen.

Für den nordrhein-westfälischen Landeshaushalt leitet sich hieraus das mittelfristige Ziel ab, die Ausgaben auf das Notwendige zu konzentrieren, die Neuverschuldung und schließlich den aufgehäuften Schuldenberg abzubauen und staatliche Aktivitäten dort einzuschränken bzw. einzustellen, wo sie mit Umweltzerstörung einhergehen oder wo privatwirtschaftliche Betätigung Gleiches bzw. annähernd Gleiches leisten kann.

(Helmut Diegel [CDU]: Das sagen Sie nur!)

- Das sage ich nicht nur; wir handeln auch danach.

Die Verschuldung ist das gravierendste Problem, vor dem wir stehen. Unser Ziel bleibt die dauerhafte Rückführung der Neuverschuldung. Es ist nicht zu erwarten, daß sich die Finanzlage des Landes in allernächster Zeit entscheidend verän-

dern wird. Wir werden unseren Kurs der Haushaltskonsolidierung auch weiter stark aus eigenen Kräften gestalten müssen. Wir werden weiter Sparpolitik betreiben müssen; aber wir müssen das an der richtigen Stelle tun.

Die Nettoschuldenaufnahme sinkt im Landeshaushalt 2000 um circa 300 Millionen DM auf 6,9 Milliarden DM. Doch in den vergangenen Jahrzehnten hat sich ein gigantischer Schuldenberg von etwa 150 Milliarden DM angesammelt. Dafür müssen wir allein im kommenden Jahr über 8 Milliarden DM an Zinsen zahlen. Mehr als die geplante Nettokreditaufnahme fließt also direkt in den Schuldendienst. Wir müssen und werden weiter darauf dringen, die Nettoneuverschuldung kontinuierlich abzubauen. Wir können es uns nicht leisten, die Grundlage zukünftiger Generationen schon heute zu verfrühstückten. Wir werden das auch den uns Nachfolgenden nicht erklären können.

Wir brauchen daher eine mittelfristige Strategie zur Haushaltskonsolidierung. Zukunftsfähige Politik heißt in der Haushalts- und Finanzpolitik, beim Schuldenabbau voranzukommen. Die Vielzahl von Einsparungen in den Einzelhaushalten von insgesamt fast 1 Milliarde DM, die im Haushaltssicherungsgesetz von 1999 vorgenommenen Kürzungen von rund 800 Millionen DM und die Rückführung der Verpflichtungsermächtigungen auf 7,5 Milliarden DM sind Maßnahmen, die perspektivisch richtig sind und auch in die richtige Richtung weitergehen.

Zudem muß aber auch die Einnahmenseite des Landes verbessert werden. Auch ein vereinfachtes Einkommensteuerrecht macht Betriebsprüfungen und Steuerfahndung, für welche die Landespolitik verantwortlich zeichnet, nicht entbehrlich. Auch dann noch werden Steuervermeidungskünstler alles daransetzen, den Fiskus hinters Licht zu führen. Betriebsprüfung und Steuerfahndung sind daher auszubauen, und zwar aus Gründen der Steuergerechtigkeit - alle müssen entsprechend ihrer Leistung abgeben - und um die Finanzkraft des Landes zu erhalten und zu stärken. Selbst wenn nach Aufteilung des Mehraufkommens an Gemeinschaftssteuern und nach Länderfinanzausgleich von jeder Million, die zusätzlich hereinkommt, nur ein Teil beim Land verbleibt, lohnt sich der Einsatz.

Mehreinnahmen allein werden nicht genügend Spielräume schaffen, um einerseits die Schulden-

(C)

(D)

(Rüdiger Sagel [GRÜNE])

- (A) situation zu verbessern und andererseits Schwerpunkte zu setzen. Grüne Haushaltspolitik - dafür stehen wir - bedarf wohlwogener Sparmaßnahmen.

Wegen ihrer Bedeutung für den Gesamthaushalt sind die Personalausgaben besonders wichtig. Mit 37,8 Milliarden DM ist das der mit Abstand größte Ausgabenbereich. Angesichts der besorgniserregenden Lage auf dem Arbeitsmarkt sprechen sich GRÜNE nicht für einen rücksichtslosen Arbeitsplatzabbau aus. Unbestreitbar dürfte allerdings sein, daß verwaltende Tätigkeit eingeschränkt, doppelte Wahrnehmung von Aufgaben vermieden und manche bürokratische Arbeit beendet werden muß.

Wir treten für eine grundlegende Verwaltungsmodernisierung und Strukturreform ein, in deren Folge ohne Nachteile für die Bürgerinnen zahlreiche Planstellen und Stellen abgebaut werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Verwaltungsebenen, Behörden und die üppig sprießenden Landesinstitute müssen effektiviert und kostensparend zusammengeführt werden. Dies führt zu Einsparungen.

- (B) Gleichzeitig können wir uns aber auch nicht der Verantwortung für zusätzliche Stellen z. B. in den Schulen unseres Landes entziehen. Wir brauchen einen differenzierten Umgang mit Personalstellen. Das pauschale Gerede der Opposition von einer schlanken Verwaltung ist einer sachgerechten Problemlösung in keinsten Weise dienlich. Das muß auch einmal so deutlich gesagt werden zu dem, was Sie hier so verkünden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Ruf der CDU nach pauschalen Personaleinsparungen und schneller Realisierung der kw-Vermerke bedient nicht nur Vorurteile in Teilen der Bevölkerung und in den Medien. Wer einen erheblichen Personalabbau fordert, übersieht dabei, daß der überwiegende Teil der Landesbediensteten in Bereichen tätig ist, in denen von Ihnen, sehr verehrte Damen und Herren von der CDU-Fraktion, sogar immer wieder Neueinstellungen gefordert werden, z. B. bei der Polizei.

Für die GRÜNEN-Fraktion ist klar: Ziel muß es sein, die Personalkosten in den Griff zu bekommen und nicht den Stellenabbau zu forcieren. Hier sind kreative Ideen notwendig, z. B. vermehrte Teilzeitmodelle, Arbeitsumverteilung, freiwillige Arbeitszeitverkürzung, Personalressourcen.

In Sachen Schaffung von Ausbildungsplätzen muß das Land seiner Vorbildfunktion gerecht werden. Jedoch sehen wir die überplanmäßige Ausbildung, die dann in Erwerbslosigkeit endet, durchaus kritisch. Deshalb muß in den verwaltungsspezifischen Ausbildungsberufen eine neue Ausbildungsordnung die Doppelqualifikation anstreben, damit die ausgebildeten jungen Menschen auf dem Arbeitsmarkt auch außerhalb des öffentlichen Dienstes eine Chance haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Große Sorgen bereitet allen Finanzpolitikern die Entwicklung des prozentualen Anteils der Versorgungsbezüge an den gesamten Personalausgaben. Der Anteil der Versorgungsbezüge an den Personalausgaben wird von rund 15,7 % im Jahre 1993 auf rund 20,2 % im Jahre 2002 und rund 30 % im Jahre 2020 anwachsen.

Im Ergebnis bedeutet das, daß im Jahre 2020 jede dritte D-Mark im Personalhaushalt für Versorgungszwecke aufgebracht werden muß.

Vor diesem Hintergrund der ständig steigenden Versorgungslasten für Beamte und Beamtinnen, die gerade den Ländern jeglichen finanziellen Spielraum zu nehmen drohen, hoffen wir auf eine Initiative der Bundesregierung zur Neustrukturierung des Beamtenrechts. Dringend erforderlich sind nach unserer Auffassung sozialverträgliche und nachhaltige Änderungen des Beamtenrechts. Die Modernisierung der öffentlichen Verwaltung ist landauf, landab in aller Munde. Zur Reform der öffentlichen Verwaltung gehört aber auch ein modernes, einer demokratischen Leistungsverwaltung verpflichtetes öffentliches Personalrecht.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Wir fordern, daß Beamte und Beamtinnen zukünftig wie jeder andere Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Dies würde bedeuten, daß auch die Beamenschaft Beiträge in die Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung abführen muß und nicht mehr wie bisher über Beihilfen und Pensionen abgesichert ist. Wichtig dabei ist, daß solche Neuerungen für die Betroffenen sozialverträglich gestaltet werden und für das Land finanzierbar sind.

Die Vorteile einer solchen Regelung liegen auf der Hand: Die Sozialversicherungssysteme würden

(Rüdiger Sagel [GRÜNE])

- (A) durch zusätzliche Beiträge gestärkt, und die Landeskassen würden in Zukunft entlastet.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Auch den immer wiederkehrenden öffentlichen Debatten über Privilegien und Sondersysteme der Beamten würde die Grundlage entzogen.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Der durch ein einheitliches öffentliches Personalrecht geschaffene finanzielle Spielraum würde dazu beitragen, neue und dringend benötigte Stellen zu schaffen. Nicht alles, was das Land heute leistet, ist tatsächlich notwendig. Zu nennen sind in dem Zusammenhang die überzogenen Verwaltungsausgaben. Hier ist sicherlich eine größere Summe einsparbar, aber keine unrealistischen 800 Millionen DM, wie die CDU sie für den letzten Landeshaushalt gefordert hat.

Einsparungen von mindestens 50 Millionen DM sind überdies möglich, wenn sich das Land endlich dazu durchränge, die Komplementärförderung zum Förderprogramm der Europäischen Union - jedenfalls teilweise - im Wege der Einwerbung von Drittmitteln sicherzustellen.

- (B) Wir müssen auch das Thema "Subventionsabbau" weiterverfolgen. Kritisch ist, weil von Mißbrauch und Mitnahmeeffekten geprägt, das mit über 100 Millionen DM ausgestattete sogenannte "Technologieprogramm Wirtschaft". Hier sind Einsparungen möglich, ohne die Substanz einer sachgerechten Wirtschaftsförderung in Frage zu stellen.

Problematisch ist natürlich auch der Bereich Straßenbau. Auch hier muß man über Kürzungen diskutieren. Wir werden darüber mit der SPD natürlich entsprechende Verhandlungen führen.

Der Grundstücksfonds, eine in der Sache richtige und notwendige Einrichtung, sollte endlich revolutionierend arbeiten. Dann könnten Landesmittel im Umfang von rund 50 Millionen DM eingespart werden.

Mittelfristig streben die GRÜNEN einen ohne Kreditaufnahme ausgeglichenen Haushalt an. Das wird sicherlich nicht von heute auf morgen möglich sein. Ein Zeitraum von acht bis zehn Jahren dürfte aber - vorausgesetzt, die entsprechenden bundesgesetzlichen Vorgaben und konjunkturpolitischen Daten ändern sich nicht gravierend - genügen. Das gesteckte Ziel bedeutet aber für die Ausgabenseite, daß wir uns auf unverzichtbare Positionen zu konzentrieren haben. Die genannten

(C) Einsparungen sollen zum größten Teil der Haushaltskonsolidierung zugute kommen. Der kleine Rest kann eingesetzt werden, um dem eingangs genannten Reformziel näherzukommen.

Für Arbeits- und Ausbildungsplätze, für eine ressourcenschonende, regenerative Energieerzeugung und Energieeinsparung, für Bildung und Wissenschaft, für den Natur- und Landschaftsschutz, für eine ökologische Wasserwirtschaft, für die Vermeidung von Luftschadstoffbelastungen, für die weitgehende Beseitigung von Altlasten, für den Vorrang des schienengebundenen öffentlichen Personen- und Güterverkehrs, für die Eindämmung der vom Automobil ausgehenden Beeinträchtigungen und für soziale Verbesserungen wollen wir mehr Mittel bereitstellen. Wir wollen den Schwerpunkt nicht auf reparierende Nachsorge legen, sondern auf Vorsorge und aktive Beschäftigung in zukunftsträchtigen, weil ökologisch verträglichen Branchen. Wir wollen stützend wirken, indem öffentliche Aufträge und Zuschüsse gezielt in den Umbau der Industriegesellschaft gelenkt werden.

Unsere Ministerin Bärbel Höhn und unser Minister Michael Vesper haben durch zahlreiche Initiativen und mit Modellprojekten gezeigt, was man anders machen kann, und haben die Vorbildfunktion für eine reformorientierte Politik beispielhaft erfüllt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D) Besonders genannt seien an dieser Stelle das REN-Programm und die REN-Breitenförderung, Programme zum ökologischen und energiesparenden Bauen, die Förderung des Mietwohnungsbaus, das Programm "Arbeit und Umwelt", das Investitionsprogramm "Ökologische und nachhaltige Wasserwirtschaft" und das "Programm für innovative Abfallbehandlungsanlagen". Damit wurden wegweisende Projekte initiiert und unterstützt und durchaus auch Win-Win-Effekte erzielt.

Der Landeshaushalt 2000 setzt trotz des notwendigen Konsolidierungskurses den sozialökologischen Reformkurs fort. Die grüne Fraktion wird in wichtigen Schwerpunktbereichen aber noch korrektive Akzente setzen.

Der erste sehr wichtige Schwerpunkt zur Zukunftssicherung unseres Landes muß nach unserer Auffassung der Einsatz von Mitteln zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen sein. Von der EU hat das Land NRW im Jahr 2000 erheblich geringere Zuschüsse zur Arbeitsförderung zu er-

(Rüdiger Sagel (GRÜNE))

- (A) warten. Dennoch haben wir die Gesamtmittel um rund 40 Millionen DM erhöht. Dies ist ein sehr deutliches Zeichen für den festen Willen der rot-grünen Landesregierung, auch in Zeiten knapper Kassen an Reformen festzuhalten.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Bei verschiedenen Arbeitsmarktprogrammen haben wir noch Diskussionsbedarf. Zum Beispiel halten wir die Kürzung bei den sozialen Betrieben nicht für richtig. Aber da die Titelgruppen gegenseitig deckungsfähig sind, können wir Umschichtungen vornehmen, ohne den Haushalt zusätzlich zu belasten.

Auch die konzeptionelle Umorientierung des Programms "Arbeit statt Sozialhilfe" hin zur Vermittlungsorientierung halten wir für bedenklich. Aber zur Diskussion dieser Fragen haben wir noch genügend Zeit und im Landtag noch die zweite Lesung.

Wir plädieren dafür, den zweiten Arbeitsmarkt dauerhaft zu stärken, ihn an die Standards des regulären Arbeitsmarktes anzugleichen und in einem öffentlichen Beschäftigungssektor zusätzliche und gesellschaftlich nützliche Arbeitsplätze zu finanzieren.

- (B) (Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Die Schaffung eines Niedriglohnssektors unter Umgehung von Tarifverträgen und zu Lasten der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen wird von uns allerdings abgelehnt.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Zweiter wichtiger Schwerpunkt bei der Zukunftssicherung unseres Landes ist nach unserer Auffassung der Bereich Bildung und Wissenschaft. Wer hier in einer falschen Weise spart, der unterminiert die Zukunftschancen der nächsten Generation. Daher ist es kein Zufall, daß wir die Haushaltsmittel für Schulen, Hochschulen und Forschung im Jahr 2000 um fast 900 Millionen DM erhöhen. Das Land gibt hierfür 29,6 Milliarden DM aus. Das ist fast ein Drittel des Gesamthaushalts.

Trotz der schwierigen Haushaltssituation haben sich die Koalitionsfraktionen, SPD und GRÜNE, entschieden, in einer großen gemeinsamen Kraftanstrengung die Situation in den Schulen unseres Landes zu verbessern. Schon zu Beginn der Legislaturperiode hatten wir auf Drängen unserer Fraktion in den Koalitionsverhandlungen fast 1.000

zusätzliche Lehrerstellen vereinbart. Diese wurden zum größten Teil auch eingerichtet. Wir GRÜNE haben immer wieder darauf gedrängt, angesichts der Notsituation in den Schulen mehr zu tun.

Durch das Initiativprogramm Schule werden wir im Jahre 2000 nicht nur 1.000 zusätzliche Lehrerstellen bereitstellen, sondern zudem auch noch einen Vertretungspool von 600 weiteren Stellen für die Grundschulen schaffen. Die ersten Lehrerinnen und Lehrer können schon jetzt anfangen, da wir sie im Nachtragshaushalt 1999 finanziell absichern.

Wir GRÜNEN begrüßen es, daß die Hochschulen von globalen Minderausgaben ausgenommen werden. Der angestrebte Pakt zur Verbesserung der Qualität an den Hochschulen ist aus unserer Sicht jedoch noch nicht ganz ausgewogen, da der geisteswissenschaftliche Bereich noch zuwenig Berücksichtigung findet. Zudem sehen wir einen besonderen Bedarf bei der Verbesserung der Qualität der Lehre und der Förderung des weiblichen Nachwuchses an den Hochschulen, um mehr Frauen die Chance zu geben, besonders auf die in den nächsten Jahren freiwerdenden Professorenstellen zu kommen.

Dritter wichtiger Schwerpunkt zur Zukunftssicherung ist der Energiestrukturwandel. In den wenigen Jahren rot-grüner Landespolitik hat sich Nordrhein-Westfalen zum Vorreiter für alternative Energietechniken entwickelt. In keinem anderen Bundesland wurden auch nur annähernd so viele Mittel für Solarenergie, Windkraft, Bioenergie und Energieeinsparung eingesetzt wie in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Rahmen des REN-Programms, für dessen Hauptteil unser grüner Wohnungsbauminister Michael Vesper verantwortlich ist, sind für das Jahr 2000 mehr als 110 Millionen DM vorgesehen, was wiederum eine Steigerung gegenüber 1999 bedeutet. Mit diesen Zuschüssen des Landes wird ein Vielfaches an Investitionen bewegt, da die privaten Investoren in der Regel nur einen kleinen Teil der Gesamtkosten als Zuschuß bekommen. Dennoch gibt es immer noch eine vielfach höhere Nachfrage, einen wahren Investitionsstau für moderne Energietechnik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vor einigen Jahren sind die letzten Firmen für Photovoltaik aus Deutschland ausgewandert, weil

(C)

(D)

(Rüdiger Sagel [GRÜNE])

(A) sie im Deutschland Helmut Kohls keine wirtschaftlichen Zukunftsaussichten mehr sahen. Hören Sie von der CDU einmal zu! Das ist die Politik, die Sie gemacht haben.

Die Solarfabrik für moderne Solarsysteme in Gelsenkirchen, vom Land NRW gefördert, sucht ihresgleichen in Europa. Dies war nur möglich, weil die rot-grüne Landesregierung für solche Investitionen ein günstiges politisches und wirtschaftliches Klima geschaffen hat, in dem es für innovative ökologische Firmen wieder attraktiv geworden ist, in NRW zu investieren.

Insbesondere im nördlichen Ruhrgebiet, das immer noch stark vom Steinkohlebergbau geprägt ist, wird es in den nächsten Jahren aufgrund des bereits beschlossenen Kompromisses zu einem weiteren Rückgang der Steinkohle kommen. Die Chancen, die sich dort durch neue Energietechniken ergeben, müssen wir zur Schaffung neuer Arbeitsplätze nutzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(B) Nachhaltigkeit ist Schwerpunkt der neuen Umweltpolitik in NRW und auch im Haushalt 2000. In den vergangenen Jahren konnte insbesondere durch Mittelumichtung in neue Programme oder neue Förderschwerpunkte dieser Prozeß angestoßen werden, der jetzt in einer landesweiten Agenda 21 in Nordrhein-Westfalen fortgesetzt wird.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose)

In der Abfallpolitik weisen die restriktive Bedarfsprüfung, die Erstellung von Abfallbilanzen und die Novellierung des Landesabfallgesetzes den Weg in Richtung größtmögliche Vermeidung und Verwertung. Flankiert wird dies durch ein Förderprogramm für innovative Abfallbehandlungsanlagen.

Mit dem NRW-Erlaß zur Integration mechanisch-biologischer Abfallbehandlungsanlagen in kommunale Abfallwirtschaftskonzepte wird eine flexible, kostengünstige und ökologische Methode zur Müllbehandlung ermöglicht.

Das erfolgreichste Investitionsprogramm ist die Initiative "Ökologische und nachhaltige Wasserwirtschaft" aus den Mitteln der Abwasserabgabe. Das mehrere 100 Millionen DM starke Programm wird im Jahr 2000 mit neuen Akzenten fortgesetzt, auch für neue ökologische Methoden zur Beseitigung des Niederschlagwassers.

(C) Im Bereich des Hochwasserschutzes sind insgesamt 119 Millionen DM veranschlagt, um zukünftig vorsorgeorientiert weitere Schäden zu vermeiden. Auch da stellen wir uns den anstehenden Zukunftsausgaben.

Einen deutlichen Akzent setzt die grüne Umweltministerin im Verbraucherschutz. Angesichts der Dioxinfunde in Futtermitteln und BSE bei Rindern sollen Untersuchungen und Lebensmittelkontrollen verstärkt werden, und zwar im Rahmen eines dreijährigen Sofortprogramms in Höhe von 9 Millionen DM. 5 Millionen DM sind dafür schon im Haushalt 2000 eingesetzt.

Verkehrsvermeidung ist das wichtigste Ziel einer ökologischen Verkehrspolitik. Deswegen setzen wir uns auch weiterhin für den Ausbau des öffentlichen Personennah- und schienengebundenen Güterverkehrs sowie für die Stärkung des Fußwege- und Radwegeverkehrs ein. Die Förderung von öffentlichem Personennahverkehr und Eisenbahn in Nordrhein-Westfalen bleibt auch im Jahre 2000 auf hohem Niveau erhalten. 3,2 Milliarden DM stehen dafür im Haushalt 2000 zur Verfügung.

(D) Die von Minister Steinbrück vorgesehenen Neubaumittel für den Landesstraßenbau sind sicherlich überzogen. Wir werden darüber diskutieren müssen, und ich denke, daß wir auch durchaus interessante Verhandlungen mit der SPD haben werden. Aber eins steht fest: Wir brauchen auf jeden Fall Mittel, um den Straßenerhalt zu sichern. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Gleichstellungspolitik und Frauenförderung werden auf relativ hohem finanziellen Niveau fortgeführt, mit einer leichten Steigerung gegenüber 1999. Die großen und wichtigen Positionen wie Frauenhäuser, Frauenberatungsstellen, Regionalstellen "Frau und Beruf" bleiben auf dem Niveau, und auch die zahlreichen innovativen Elemente der Frauenpolitik sind von der Frauenministerin nahezu ungekürzt wieder in den Haushalt eingestellt worden. Dies ist eine erfreuliche Grundlage für die parlamentarischen Beratungen.

Als letztes Thema möchte ich noch einen Bereich ansprechen, der meiner Fraktion und auch mir besonders am Herzen liegt: das Thema Flüchtlinge. Hier setzt der Innenminister leider den Rotstift an. Im letzten Jahr hat er die Mittel für die äußerst notwendige Betreuung von Flüchtlingen, insbesondere auch von traumatisierten Opfern

(Rüdiger Sagel [GRÜNE])

- (A) aus Bosnien, gekürzt. Im Landtag konnten wir diese Fehlentwicklung erfreulicherweise korrigieren. Jetzt wird dieser Titel ohne Rücksicht auf die Bedarfslage leider wieder gekürzt. Ich bin sicher, daß wir auch dieses Jahr im Rahmen der parlamentarischen Beratungen eine Korrektur durchsetzen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, der ökologische und soziale Umbau und Reformkorridor wird mit den GRÜNEN auch mit diesem Haushalt erweitert. "Die Zukunft sichern für die Menschen in Nordrhein-Westfalen" - diesem Ziel kommen wir auch mit diesem Haushalt 2000 nach. Wir, die GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen, halten Kurs in Richtung innovativer Modernisierung der Gesellschaft. Ich denke, wir sind auf einem guten Weg. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Ich darf Herrn Finanzminister Schleußer das Wort erteilen.

- (B) **Heinz Schleußer, Finanzminister:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hoffe, Sie haben Verständnis, daß meine erkältungsbedingt lädierte Stimme nicht dazu ausreicht, auf alles einzugehen, was hier heute gesagt worden ist, und ich meine Redezeit wahrscheinlich auch nicht ausnutzen werde.

Ich bin den Kollegen Walsken und Sagel dankbar, daß sie vieles, was Sie, Herr Kollege Diegel, gesagt haben, schon richtiggestellt haben. Insoweit muß ich nicht mehr darauf eingehen.

Ich will auch keine großen Korrekturen anbringen - höchstens beim Kollegen Walsken. Da wir am 14. Mai 2000 ein gutes Wahlergebnis erzielen werden, gehe ich davon aus, daß ich zu Beginn des Jahres 2001 den Haushalt dieses Jahres einbringen werde. Insoweit ist dies eine leichte Korrektur Ihrer Auffassung, es sei mein letzter Haushalt.

Herr Kollege Sagel, was bei den Personalkosten geschehen ist, ist eine plausible Geschichte. Allerdings müssen Sie wissen, daß diese Umstellung 10, 12 oder 15 Jahre in Anspruch nehmen wird, bevor sie denn effektiv im Haushalt wirkt.

Es gibt bisher nicht sehr viele, die in der nächsten Zeit die Verschlechterungen mittragen können. Es wird Probleme geben, wollte ich Ihnen signalisieren, und keine einfachen Lösungen.

Ich bin Ihnen dafür dankbar, daß Sie dem Parlament dargelegt haben, daß die Haushalte des Kollegen Vesper und der Kollegin Höhn solide finanziert worden sind und daß es da keine Abstriche gibt, sondern eher Zuwendungen. Das sagt etwas darüber aus, wie vernünftig Sozialdemokraten mit ihrem Koalitionspartner umgehen.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Herr Kollege Diegel, fast ein Drittel Ihrer Rede - und das finde ich bedauerlich - war eine moralische Bewertung einer sicherlich gegnerischen Partei. Wenn ich mich umsähe, fiel mir vieles ein, was ich Ihnen entgegenhalten könnte, hielte man die moralische Ebene sowie das moralische Fehlverhalten einzelner für das Entscheidende in der politischen Auseinandersetzung.

(Roland Appel [GRÜNE]: Der Diegel ist genau der Richtige dafür!)

Ich glaube, daß man nicht so miteinander umgehen darf, wenn es darum geht, vernünftige politische Wege zu suchen. Es bedarf dabei nämlich vieler Gemeinsamkeiten, selbst wenn diese nicht immer plenar deutlich werden. Man sollte sich davor hüten, etwas plenar so darzustellen, wie es in Wirklichkeit nicht ist und nicht sein sollte.

Zu Ihren konkreten Vorwürfen! Was die Verschuldung angeht - sie sei ausgabenbedingt und nicht einnahmenbedingt -, sage ich: Wie können Sie das so darstellen, obwohl wir wissen, daß Sie bei den Planungen - 24 Milliarden DM fehlen, was die Einnahmen angeht - nicht den Zahlen des nordrhein-westfälischen Finanzministers folgen, sondern denen des Arbeitskreises Steuerschätzung? Daß man diesen Zahlen und denen des Bundesfinanzministers nicht trauen konnte, habe ich auch hier im Plenum wiederholt belegt. Die Erhöhung der Verschuldung beim Bund um 27 % - in der gleichen Zeit betrug sie in Nordrhein-Westfalen nur 19 %, obwohl auch das zuviel ist - ist bei derartigen Entwicklungen auf der Einnahmenseite gar nicht anders verkraftbar.

Nun sagten Sie in Ihrer Rede, die Übernahme der Vorschläge der Petersberger Beschlüsse habe dazu beigetragen, die weitere Erosion der Steuerquellen sowie die Einbrüche bei den Steuerein-

(C)

(D)

(Minister Heinz Schlußer)

(A) nahmen zu verhindern. Sie wissen, daß ich immer dieses kleine Heftchen bei mir trage -

(Der Redner hält ein Heft hoch.)

auch bei vielen Wahlveranstaltungen. Es ist hilfreich, manches zu widerlegen, was die CDU heute behauptet: Wir hätten dramatische Steuerausfälle und keine Mehreinnahmen gehabt. 45 Milliarden DM war die Kalkulation der Bundesregierung bei der Umsetzung der Petersberger Beschlüsse. Rechnen Sie sich einmal aus, was das für Nordrhein-Westfalen bedeutet hätte. Dies wäre eine untragbare Entwicklung, nicht nur für das Land, sondern auch für die Kommunen. Hilfreich sind die Fakten, wenn man sich an ihnen und nicht daran orientiert, was man hofft, was dabei herauskommen würde.

Bedenken Sie, was Sie beispielsweise dazu gesagt haben, wie die sogenannten Steuerschlupflöcher zu schließen seien. Da finden Sie vieles wieder, von dem Sie heute nichts mehr wissen wollen. Ich erlebe ja in Dutzenden von Diskussionen, wie Sie sich diesbezüglich ins Abseits stellen und so tun, als seien das nie Ihre Aussagen gewesen.

(Helmut Diegel [CDU]: Das war ein solides Konzept, Herr Finanzminister!)

(B)

- Oh Gott, wenn das ein solides Konzept gewesen sein soll, dann ist das, was jetzt auf den Weg gebracht worden ist, überhaupt nicht mehr an Solidität zu überbieten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das, was jetzt gemacht worden ist, hat den Anspruch, das Prädikat "solide" zu tragen.

(Helmut Diegel [CDU]: Fragen Sie doch Ihre eigene Bundestagsfraktion!)

- Ja, da habe ich nicht nur gefragt, sondern ich habe am letzten Wochenende auch intensiv mit meinen Kollegen diskutiert.

(Helmut Diegel [CDU]: Haben Sie auch mit Herrn Klimmt gesprochen?)

- Ich habe auch mit Herrn Klimmt gesprochen. Sehen Sie, das ist der Unterschied: Sie wissen immer nur Namen und Schlagzeilen.

Auch Herr Klimmt weiß, daß der vergangene Weg grundsätzlich der richtige Weg ist. Er weiß, daß einige Positionen diskutiert werden müssen; das

habe ich Ihnen aber auch bei der Einbringung des Haushaltes gesagt.

(C)

(Reinhold Trinius [SPD]: Eben!)

Über das pauschalierte Wohngeld und die Handhabung des Familienleistungsausgleichs werden wir natürlich diskutieren. Im Grundsatz wird aber nichts in Frage gestellt, weil es im Grundsatz solide ist, Herr Kollege Diegel. Dies gilt aber nicht für das, was 16 Jahre lang zuvor passierte. Das sind die Unterschiede.

(Laurenz Meyer [CDU]: Wer soll es Ihrer Meinung nach jetzt bezahlen?)

Kommen wir zum Landeshaushalt. Sie sagen, was im Personalbereich geschehen ist, sei unzureichend. Ich sage Ihnen: Das, was im sogenannten administrativen Bereich gemacht wurde, was dort abgebaut wurde und was noch kw steht - Sie wissen, daß die Realisierung von kw-Vermerken Zeit braucht und daß wir in der Zwischenzeit über 67 % im Verwaltungsbereich realisiert haben -, müßte doch von Ihnen anerkannt werden. Sie kennen doch die Zahlen.

(Zuruf des Helmut Diegel [CDU])

Was Sie nicht zur Kenntnis nehmen, ist, daß die Personalausgaben höher wären, wenn Ihre Forderungen realisiert worden wären.

(D)

(Helmut Diegel [CDU]: Woher wollen Sie das wissen?)

Fragen Sie doch einmal nach, wie das bei den Schulen aussieht noch über das Programm hinweg. Fragen Sie doch einmal, wie das bei der Polizei aussieht über das hinaus, was im Haushalt steht. Das ist schon beeindruckend.

Zum Gemeindefinanzierungsgesetz haben Sie gesagt, das sei wieder einmal ein Raubzug. Fest steht, daß im Haushalt 2000 840 Millionen DM mehr stehen als im Haushalt 1999. Es gibt die unterschiedlichsten Gründe dafür, aber Sie können diese Zahl nicht leugnen. Daß die Schlüsselzuweisungen seit 1995 um 11,4 % und die Landesausgaben nur um 9,3 % gestiegen sind, können Sie nicht bestreiten. Das ist so. Wir hatten zugesagt, daß die Schlüsselmasse zumindest so steigen würde wie die Landesausgaben. Sie sind stärker gestiegen.

Was das Verhältnis Land/Gemeinden angeht, bin ich dankbar, daß über 200 Gemeinden das Land verklagt und gesagt haben, die Finanzausstattung

(Minister Heinz Schleußer)

(A) der Gemeinden sei nicht ausreichend. Ich bin dankbar dafür, was das Verfassungsgericht in Nordrhein-Westfalen dazu gesagt hat. Das heißt, es gab keinen Grund, die Landesregierung da anzugreifen. Aber das stört Sie nicht. Sie machen es heute wieder wider besseren Wissens.

Bilanz der rot-grünen Regierung - das ist wirklich eine beeindruckende Ignoranz, mit der Sie da herangehen. Sie müßten dort zu besseren Ergebnissen kommen. Ich habe das eben schon einmal erwähnt: Wenn ich sehe, was die frühere Bundesregierung da auf den Weg gebracht hat, von dem Sie gesagt haben, daß das alles solide gewesen ist! Das war eine Steigerung von 314 Milliarden DM bei der Regierungsübernahme auf 1.454 Milliarden DM Verschuldung. Ein solides Ergebnis, Herr Kollege Diegel? Wer eine solche Latte vor sich her trägt, muß sich hüten, andere anzugreifen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Und was Ihnen alles zur Hilfe gekommen ist, beispielsweise niedrige Tarifabschlüsse! Nun werden Sie nie müde, jeweils vor Tarifbewegungen mir mit auf den Weg zu geben, ich sollte auf die Tarifentwicklung achten. Ich bin dankbar, daß Sie nach so langer Zeit anerkennen, was ich da in der Tarifrunde auf den Weg gebracht habe.

(B)

Herr Diegel hat gesagt, wir hätten uns in der Vergangenheit ansehen müssen, was der Landesrechnungshof an Gestaltungsmöglichkeiten sieht, auf die die Landesregierung noch nicht gekommen ist, die aber sicherlich disponibel sind; das will ich nicht bestreiten. Ich will auch nicht alles vorlesen, was der Landesrechnungshof für gestaltbar hält, aber soviel:

- das Weiterbildungsgesetz 188,9 Millionen DM, Bestandteil der 8,4 Milliarden DM
- die Finanzierung privater Fachschulen 50 Millionen DM
- Zuschuß an die Studentenwerke 83,8 Millionen DM
- Zuschuß an die Max-Planck-Gesellschaft 145 Millionen DM
- GTK-Betriebs- und Investitionskosten 1.850 Millionen DM.

Das alles hält der Landesrechnungshof für gestaltbar. Ich frage Sie, Herr Kollege Diegel: Sind das auch Ihre Punkte, die Sie der Landesregierung

vorgeben zu gestalten, das heißt aus Ihrer Sicht, wenn Sie vom Sparen reden, zurückzuführen? Der Landesrechnungshof sagt nicht, das könne zurückgeführt werden, er stellt nur objektiv fest, daß das gestaltbar sei. Ich bin gespannt, was Sie davon gestalten wollen. (C)

Ein letztes: Schule! Ich glaube, daß die Landesregierung und die Koalitionsfraktionen eine vernünftige Weiterentwicklung auf den Weg gebracht haben, die solide finanziert ist, die den Elternansprüchen gerecht wird. Der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Teufel, hat gesagt: "Unterrichtsausfall ist nicht zu verhindern. Alles andere ist Oppositionsgeplappere." Ich kann nur sagen: Die Rede war generell so.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Laurenz Meyer [CDU]: Haben Sie sich schon bei Herrn Weber entschuldigt?)

- Ich mache das so, wie ich das für richtig halte.

Vizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose: Meine Damen und Herren, wird weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann kann ich hiermit den **Block I abschließen**.

Wir haben **abzustimmen** über die **Überweisung des Haushaltsgesetzes und der Finanzplanung Drucksachen 12/4200 und 12/4201**. Der Ältestenrat empfiehlt hierzu die Überweisung an den **Haushalts- und Finanzausschuß** federführend und an die **zuständigen Fachausschüsse** mit der Maßgabe, daß die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuß unter Beteiligung seines Unterausschusses "Personal" erfolgt. Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe? - Stimmenthaltung? - Dann ist das so **beschlossen**. (D)

Ich rufe den Beratungsblock

II. Gemeindefinanzierungsgesetz

auf und darf als erstem Redner das Wort Herrn Kollegen Leifert für die Fraktion der CDU erteilen.

Albert Leifert (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die jahrelangen angestregten Konsolidierungsbemühungen der Städte und Gemeinden zeigen Erfolge, in manchen Gemeinden sogar großartige Erfolge. Erst-